

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Preiszelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 233.

Montag, den 5. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Das Kriegsluftschiff.

Von Rudolf Krafft.\*)

I.  
Näher und näher rückt die Zeit, in der das Problem des lenkbaren Luftschiffs gelöst sein wird. Die sogenannten zwischentäglichen Völker, voran die Deutschen, benehmen sich so, als ob ihnen hier das größte Glück erblinde; aber ich fürchte, daß der große Regenjammer nicht ausbleiben wird. Auch in diesem Falle gilt die Beobachtung, die man auf Schritt und Tritt machen kann, nämlich, daß der militärisch-kapitalistische Klassenstaat für gewisse an sich imponierende Erfindungen nicht reif ist, weil er sie, seiner Natur entsprechend, sofort in den Dienst des organisierten Massenmordes und der Volksunterdrückung stellt. Der Sozialdemokratie ist es vorbehalten, diesen grauenvollen Zustand, in dem auch „Wohltat zur Plage wird“, zu beseitigen.

In den nachstehenden Zeilen wollen wir versuchen, ein ungefähres Bild der Folgen, die das lenkbare Luftschiff für die Kriegsvorbereitungen und im Krieg selbst haben wird, zu entwerfen. Vorher müssen wir freilich noch eine kurze Definition eines nach unserer Anschauung für den Krieg brauchbaren lenkbaren Luftschiffs, das wir der Kürze halber Kriegsluftschiff nennen wollen, geben. Unter einem Kriegsluftschiff verstehen wir ein lenkbare Luftschiff, das folgende Eigenschaften aufweist: Es muß wenigstens gegen starken Wind erfolgreich ankämpfen, sich mindestens 3000 Meter über die Erdoberfläche erheben und wenigstens 600 Kilometer, ohne den Erdboden berühren zu müssen, zurücklegen können. Ferner muß es imstande sein, eine größere Anzahl von Explosivgeschossen mitzuführen und sie mit Sicherheit herabzuschleudern.

An die Verwirklichung des alldeutschen Phantasiestücks, wonach das Deutsche Reich einst eine ganze Armee durch die Luft wird befördern können, glauben wir allerdings nicht. Und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil schon eine Armee von nur 30 000 Mann auch Geschütze, Proben, Pferde und Munitionswagen mit sich durch die Luft führen müßte. Als seinerzeit der Regierungsrat Rudolf Martin den Gedanken produzierte das Deutsche Reich könne einmal von Calais in einer halben Stunde 350 000 Mann durch die Luft nach England befördern, machte ich mir das Vergnügen, auf Grund der deutschen Feldbahnordnung nur die ungefähre Zahl der Wagen auszurechnen, die eine solche Armee mindestens mitführen müßte. Sie betrug 6000, in Worten sechstausend Wagen. Dazu kämen, ebenfalls sehr gering angeschlagen, die Pferde für zehn Feldartillerie-Regimenter und zehn Kavallerie-Regimenter.

Mit dem Glauben, daß größere Truppenmassen niemals durch die Luft transportiert werden können, wollen wir uns nicht länger befassen. Anders verhält es sich mit dem Kriegsluftschiff als Waffe und als Rekognoszierungsmitel.

Zur Waffe kann es bekanntlich dadurch werden, daß es Explosivgeschosse herabschleudert. Dies ist seine gefährlichste Seite. Es wird hier viel gefährlicher werden als die größte Schnellfeuerkanone, weil es keine Terrainhindernisse zu berücksichtigen hat und weil von ihm aus die Geschosswirkung sehr schnell beobachtet werden kann. Dabei sieht man von ihm aus in das Objekt, das bombardiert werden soll, an den Stellen, an denen es keine Bedachung aufweist, vollkommen hinein.

Untersuchen wir nun zunächst, ob das Kriegsluftschiff auch schon während der Mobilmachung ernsthaft in Betracht kommen kann. Nehmen wir daher eine Mobilmachung in einer Zeit an, in der das Problem des Kriegsluftschiffes gelöst ist und die Militärstaaten über große Kriegsluftschiffen verfügen werden. Daß sie solche Luftflotten besitzen werden, ist bei der relativen Billigkeit der lenkbaren Luftschiffe gewiß.

Zu Beginn eines Krieges ist es für jede der beiden Parteien sehr vorteilhaft, wenn sie die andere in ihrer Mobilmachung stören kann. Selbst fertig zu sein, ehe der andere fertig ist, ist hier „ein Ziel, aufs innigste zu wünschen“. Das Kriegsluftschiff aber wäre zur Verhinderung einer glatt verlaufenden Mobilmachung hervorragend geeignet. Vor allem könnte man es zur Bombardierung der Bahnhöfe, in denen große Truppenmassen verladen werden, benutzen. Wo solche Truppenmassen einparkiert werden, ist selbstverständlich auch im Ausland bekannt, denn es kommen hier nur die Bahnhöfe großer Städte und von Festungen in Betracht, weil sie zum Verladen großer Transporte, mag es sich nun um Menschen, Tiere oder solches Material handeln, am besten eingerichtet sind. Die Folgen auszumalen, die die Bombardierung wichtiger

Bahnhöfe durch feindliche Kriegsluftschiffe für die Mobilmachung hätte, ist gewiß nicht nötig. Ein sehr verlockendes Ziel für unternehmungslustige Kriegsluftschiffe würden auch die Eisenbahnbrücken über die großen Flüsse bilden. Allerdings könnten die aus den Luftschiffen geworfenen Bomben nicht die Fundamente der Brücke zerstören, aber für den Mobilmachungsfall, wo schon eine Verzögerung von einem Tage eine große Rolle spielen kann, würde auch die Zerstörung des Oberbaues für die davon betroffene Partei sehr unangenehm sein. Man denke sich zum Beispiel in die Situation des Deutschen Reiches, wenn zu Beginn eines Krieges mit Frankreich die Eisenbahnbrücken über den Rhein durch französische Luftschiffe derartige Beschädigungen erlitten, daß die Reparaturen zwei bis drei Tage dauern würden. Hier käme auch noch die weitere Frage hinzu, ob die Luftschiffe die Wiederherstellungsarbeiten nicht durch herabgeschleuderte Bomben unmöglich machen könnten.

Was wird nun die nur zu wahrscheinliche Konsequenz der Gefahren sein, die die Kriegsluftschiffe in den eben skizzierten Richtungen bringen werden? Die Antwort ist sehr einfach: Die Militärverwaltungen werden von den Völkern Hunderte von Millionen für die bombensichere Eindeckung wichtiger Bahnhöfe und Brücken fordern. Da das Deutsche Reich nicht nur auf einer, sondern auf zwei Seiten an mächtige Nachbarn grenzt, so wird es für diese Zwecke auch am meisten aufbringen müssen.

Eine von kriegerischen Gesichtspunkten aus vortreffliche Eigenschaft des Kriegsluftschiffes bestünde darin, daß es den strategischen Ausmarsch wenigstens bei günstiger Witterung auskundschaften und ihm auch bei weniger günstiger Witterung allerlei Unannehmlichkeiten dadurch bereiten könnte, daß eine Luftschiffotte gewisse Teile des Aufmarschgebietes dann zu bombardieren begänne, wenn die Truppen sich in Ortschaften und Bivaks häuslich eingerichtet haben.

Auch anderwärts hat man eingesehen, daß das Kriegsluftschiff schon vor Beginn des eigentlichen Kampfes eine große Rolle spielen wird, und daher wurde zum Beispiel im „Schwäbischen Merkur“ die Errichtung von Beobachtungsstationen an allen Grenzen des Reiches vorgeschlagen. Wenn aber die feindlichen Kriegsluftschiffe so perfid sind, die Stationen während der Nacht zu überfliegen, oder wenn nebelige Witterung oder Wolkenbildung sie den Stationen verbergen? Dann würden diese sehr wenig helfen.

Nun zum Kriege selbst. In ihm wird das Kriegsluftschiff vor allem den Festungen sehr gefährlich werden. Es wirft die ganze moderne Festungsbaukunst größtenteils über den Haufen. Da wurden die Festungsstädte unter enormen Kosten mit weit hinausgeschobenen Forts umgeben, damit der Belagerer die Stadt selbst mit seinen Granaten so lange nicht erreichen kann, ehe er nicht eine große Lücke in den Fortgürtel gebrochen hat. Wie lange aber wird es dauern, bis Kriegsluftschiffe über die Forts wegfliegen und die Stadt selbst samt Bahnhofsanlagen und Magazine bombardieren können? Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kriegsluftschiff die jetzigen Festungen wertlos machen und die Staaten dazu zwingen wird, wichtige Eisenbahnlinien, Etablissements usw. durch einzelstehende Forts nach Art der französischen Sperrforts zu decken. Natürlich müßten die Forts derart bombensicher eingedeckt werden, daß ihnen die Kriegsluftschiffe wenigstens längere Zeit nicht schaden könnten. Der Bau dieser neuen Forts würde Riesensummen verschlingen. Und selbst, wenn es gelänge, eine internationale Vereinbarung zu treffen, wonach wenigstens die Festungsstädte, also die der Zivilbevölkerung zur Unterkunft dienenden Teile der Festungen, aus Luftschiffen nicht bombardiert werden dürften, so daß die bisherigen Festungen noch zu gebrauchen wären, so müßten dennoch viele Millionen aufgewendet werden, um die Forts dieser Festungen so umzubauen, daß ihr Inneres den Geschossen der Luftschiffe möglichst wenig ausgesetzt wäre. Es würden, soweit sie noch vorhanden sind, bombensichere Alarmpläne, Verbindungswege usw. nötig werden.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Auf dem Wege zur Sparsamkeit.

Fürst Bülow hat den Ministern und Staatssekretären eine Denkschrift zugehen lassen, deren Inhalt er mit den Führern der Blockparteien durchgesprochen hat. Die Denkschrift hat das für unsere Reichsregierung so kitzliche

\*) Die bewußte internationale Vereinbarung dürfte übrigens praktisch unmöglich sein, weil sie zu der List, die Häuser der Zivilbevölkerung zur Unterbringung von Truppen zu verwenden, geradezu verleiten würde.

Thema der Sparsamkeit zum Gegenstand. Die „Tägliche Rundschau“ ist in der Lage, über den Inhalt der Denkschrift folgendes mitteilen zu können:

„Von einer Veränderung der Qualität unserer Verkehrseinrichtungen werde allerdings keinesfalls die Rede sein können; immerhin werde zu erwägen sein, inwiefern auch auf dem Gebiete des Verkehrs wesens gespart werden könne. Die Rückkehr zur altpreussischen Sparsamkeit, von der wir uns im Staat, in der Kommune, wie in der Privathaushaltung gleich weit entfernt haben, ist dringend geboten. Es ist nicht anzugehen, in diesem Punkte die Vorschläge der Parlamente abzuwarten; vielmehr ist es Sache der Regierungen und des Reiches, die Initiative zu ergreifen. Der Kanzler erwartet, daß diese Initiative bereits im nächsten Etatsentwurf sowohl im Reich wie in Preußen zum Ausdruck kommen wird. Die Reform muß eine grundsätzliche sein, soll auf die Dauer Wandel geschaffen werden. Eine wirkliche Besserung ist nur zu erzielen auf dem Weg einer Modernisierung der gesamten Staatsverwaltung; es bedarf einer Dezentralisation und Vereinfachung des gesamten Behördenapparates. Für viele Arbeiten wird zum Beispiel bis jetzt die Zeit höherer Beamter in Anspruch genommen, für die Beamte mit geringerer Vorbildung völlig ausreichen. Auch bei der Ausübung öffentlicher Arbeiten sollen sich Ersparnisse erzielen lassen. Preußen soll mit gutem Beispiel vorangehen.“

Wenn je das Wort: „Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert“ einen Sinn hatte, so in diesem Falle. Wo soll gespart werden? Vor allen Dingen beim preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, dem das Heer der staatlichen Arbeiten Preußens untersteht. Will man an den Löhnen absparen? Die Arbeitszeit verlängern, um den einzelnen mehr ausbeuten zu können? An höheren Beamtenstellen kann nicht gespart werden, denn dort sitzen meist die Sprößlinge der Junker, vielfach ehemalige Korpsstudenten, die ohne Zweifel ein Anrecht auf eine Sinekure haben. Wenn im Reich gespart werden soll, dann fange man beim Militarismus, bei der Marine und bei den Kolonien an. Hier lassen sich mit Leichtigkeit Hunderte von Millionen ersparen. Davon aber sagt Bülow nichts und deshalb wird die angekündigte Sparsamkeit ein Schlag ins Wasser sein.

Das alte Wahlrecht und die neuen Steuern.

In einem großen Teil der bürgerlichen, namentlich der freisinnigen Presse, dauern noch immer die Unterhaltungen über die Frage fort, ob es möglich sei, zwischen der Reichsfinanzreform und der Wahlreform in Preußen einen politischen Zusammenhang in dem Sinne zu schaffen, daß die Bewilligung der neuen Steuern im Reich von gewissen Zugeständnissen bezüglich der Wahlreform in Preußen abhängig gemacht wird. Die „Vossische Zeitung“ will natürlich nichts von einem Kuhhandel wissen, sie gibt alles was verlangt wird mit Ausnahme der Inzertsteuer, die ihr Verlag sich nicht gefallen lassen will, gerne umsonst. Die Bedingung, daß für die Bewilligung der Steuern im Reich das allgemeine, gleiche Wahlrecht gefordert werden müsse, „wird sich der Freisinn nicht anfernen lassen“. Es gibt, so versichert sie, „kein wirksameres Mittel, um die Debatte schnell zu beendigen, als die Finanzreform mit der Wahlreform zu verknüpfen. Denn alsdann kann die Regierung nur achselzuckend antworten: Non possumus! (Wir können nicht!)“

Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die Ausführungen des blockfreisinnigen Organs diesmal vollkommen logisch sind. Den Reichskanzler und Ministerpräsidenten Bülow nochmals vor die Frage zu stellen, was er zur Reform des preussischen Wahlrechts zu tun gedenke, hat absolut keinen Sinn. Man kennt den Standpunkt, den Fürst Bülow in der Wahlrechtsfrage einnimmt, zur Genüge und braucht den Fürsten nicht zu nötigen, seine Rede vom 10. Januar d. S. zu wiederholen. Wir wissen — und kein Blockfreisinniger wird wagen, das zu bestreiten, daß der preussische Ministerpräsident am liebsten und so lange es geht, überhaupt nicht reformieren möchte, daß er aber für den Notfall eine Wahlreform in Bereitschaft hält, deren Grundsätze eine Verhöhnung der sozialdemokratischen und angeblich auch freisinnigen Wahlrechtsforderungen bedeuten.

Mit der Regierung Bülow läßt sich keine ersprießliche Wahlreform in Preußen machen, und darum kann ein ehrlicher Freund dieser Reform keinen anderen Wunsch kennen als den, daß diese Regierung sobald als möglich durch die Opposition der Wahlrechtsfreunde zu Fall käme. Zur Not müßte das Exempel auch an seinem Nachfolger erprobt werden.

Einer Regierung Bülow zum Danke für die Erklärung vom 10. Januar eine an und für sich annehmbare

\*) Wir entnehmen diesen interessanten Aufsatz unserer wissenschaftlichen Wochenschrift „Die Neue Zeit“.

hat eine Finanzreform als Ganzes zu bewilligen, wäre schon eine vollendete Preisgabe der Wahlrechtsforderung; dieser selben Regierung aber eine verfehlte Finanzreform zu apportionieren, wie es die Syndikate nach allen bisherigen Veröffentlichungen zu sein scheint, ist eine parlamentarische Tat, die in der Geschichte der Parteien, welche sie wagen, eines der schändlichsten Kapitel bilden wird. Die Logik ehrlicher Wahlrechtsfreundlichkeit würde dahin führen, der Regierung zu erklären: „Dir überhaupt keine Finanzreform, eine solche Finanzreform aber erst recht nicht.“ Der Blockfreskino aber argumentiert so: „Da aus dem gleichen Wahlrecht in Preußen doch nichts wird, können wir unbedenklich auch Tabak, Bier, Branntwein, Wein, Licht, Kraft und weiß Gott was für Steuern noch bewilligen.“

### Ist Deutschland ein Kulturstaat?

Das Pariser Blatt „Eclair“ weiß zu berichten:

Der Herbstsalon steht vor der Eröffnung. Wir werden die Abteilung deutscher Kunst, die angekündigt worden war, nicht in ihm finden. Die Schuld daran trägt Wilhelm II. Die besten deutschen Künstler hatten schon ihre Beteiligung versprochen und der Großherzog von Baden hatte das Protektorat über diese künstlerische Manifestation übernommen. Aber wie sich von selbst versteht, besteht die Gruppe, die sich rüstete, der Einladung unseres revolutionären Herbstsalons nachzukommen, besonders aus Malern der neuen Richtung. Die Klassiker jenseits des Rheins meinten aber, daß sie auch in Paris vertreten sein mußten und als das Komitee, das sich schon gebildet hatte, sehr wenig geneigt schien, sie aufzunehmen, brachten sie ihre Sache bis vor den Kaiser. Der gab ihnen recht. Er ist in der Kunst, wie in allem, für Rangordnung und Disziplin. Die offiziellen Maler, die Herren Professoren, die Künstler mit Medaillen und Großkreuzen, scheinen ihm die besten zu sein und allein der Teilnahme wert. Er ließ dem Großherzog von Baden sagen, daß er die Vertreter der akademischen Kunst in sein Komitee aufnehmen solle. Der Großherzog legte sein Amt nieder, und die Künstler, die er zusammengebracht hatte, gingen auseinander.

Ein Berliner Mittagsblatt bestätigt diese wunderbar anmutende Nachricht, indem es schreibt:

Man irrt, wenn man etwa das Nichtzustandekommen der Ausstellung den freien Künstlern in die Schuhe schiebt. Allein der Nachspruch des Kaisers verhinderte die Ausstellung, nicht byzantinische Rücksichtnahme der Künstler. Denn die kaiserliche Ablehnung machte es unmöglich, daß Bilder aus preussischem Staatsbesitz nach Paris hätten gehen können. Auch die anderen, nichtpreussischen Sammlungen in Deutschland hätten nach dem Vorgang des Königs von Preußen von ihren Protektoren und Leitern ohne Zweifel nicht die Erlaubnis bekommen, Bilder nach Paris zu schicken.

Es ist somit nur natürlich, daß die ganze Ausstellung unterbleibt, da ohne die Mitwirkung der Museen keine würdige Repräsentation der deutschen Kunst zustande gekommen wäre.

Da zuerst die Absicht bestand, die Ausstellung unter dem Protektorat des Großherzogs von Hessen zu veranstalten, so scheint das Pariser Blatt den Großherzog von Baden irrtümlich genannt zu haben.

Man darf gespannt sein, wie weit sich diese Nachrichten befähigen, die wie vieles andere geeignet sind, ein charakteristisches Licht auf den Berliner Geist zu werfen.

### Sie machen bloß Spaß.

Daß es die Freisinnigen mit ihrem „Kampf“ — par-hon — um die Wahlreform nicht ernst meinen, das hat überflüssigerweise der gute Kopsch wieder einmal in einer Rede zu Nürnberg bewiesen. Er nannte es „Erpresserpolitik“, wenn man auf seinem Willen beharre und führte aus:

Ohne einen Staatsstreich könnte niemand in Preußen das Reichstagswahlrecht einführen. Wer aber die Verhältnisse in Preußen kennt, der wird zugeben, daß selbst ein Sozialdemokrat, wäre er Ministerpräsident in Preußen, dies nicht erreichen würde, da hierzu die Genehmigung zweier Kammern und der Krone erforderlich ist. Endlich aber wäre eine solche Erpresserpolitik gewissenlos gegen unser Vaterland, gegen das Deutsche Reich, und in einer solchen schweren Zeit kann man eine solche Politik nicht empfehlen.

Marx sagt einmal, daß der deutsche Philister immer einen Grund fände, nichts zu tun. Kopsch will diesmal nichts tun, weil die Zeit so „schwer“ ist. Ein andermal wird er nicht tun, weil die Zeit so „leicht“ ist. Und was nun gar die „Erpresserpolitik“ angeht, so sollten selbst die freisinnigen „Politiker“ wissen, daß man ohne „Erpressung“ in der Politik überhaupt nichts erreicht. Die preussischen Sunkers sind wahre Virtuosen auf dem Gebiete der politischen „Erpressung“, deshalb haben sie auch die Macht in der Hand, während die freisinnigen Häsen, die sich schon vor einem Wort fürchten, heute noch genau so einflußlos sind, denn je.

### Wie die Polenpolitik wirtschaftlich wirkt.

Der bekannte, für Erhaltung des polnischen Besitzes wirkende Güteragent Biedermann — eine von den Haktisten bestgehabte Persönlichkeit — hat neulich das Gut Regelmühl gekauft. Dazu wird dem „Posener Tageblatt“ von gut unterrichteter Seite geschrieben: „Seinerzeit kaufte ein deutscher Landwirt Regelmühl für 190 000 Mark, ein Jahr darauf erlangte es ein Deutscher für 195 000 Mark, der fünf Jahre später von einem angesehenen deutschen Katholiken (in Wirklichkeit einem Polen) 300 000 Mk. erzielte. Schon ein halbes Jahr später erwarb der Pole Umbricht Regelmühl für 340 000 Mark; ihn löste Herr Löffler für 350 000 Mk. ab. Daß dieser sich nicht halten konnte, ist jedem, der das Gut kennt, klar; es war denn auch bereits Zwangsversteigerung in Aussicht. Löffler hat es an Biedermann für 410 000 Mk. verkauft. Das Gut kann allenfalls einen Wert von 200 000 Mk. besitzen. Es hat ungefähr 700 Morgen guten Bodens, alles andere Land ist geradezu wertlos. Innerhalb zehn Jahre ist es fünfmal zur Zwangsversteigerung gekommen, in den letzten zwölf Jahren hat es siebenmal den Besitzer gewechselt.“

Also in zwölf Jahren hat sich der Kaufpreis des Gutes bis über das Doppelte des tatsächlichen

Wertes gesteigert — in Folge der vortrefflichen Politik der von den Sunkern geleiteten preussischen Regierung. Natürlich will jeder der Besitzer eine dem Kaufpreis entsprechende Rente herauswirtschaften, und als „notleidender Landwirt“ schreit er natürlich nach höheren Schutzzöllen. Der Zusammenhang der Haktistenpolitik mit der allgemeinen Sunkerpolitik liegt auf der Hand.

### Der erlösende Kohlenzehnten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat das Mittel gefunden, durch das sich die Agrarier von der Last der Finanzreform drücken können. Der Kohlenzehnten ist es! Die „Königliche Zeitung“ hat in einer Notiz über die Elektrizitätssteuer beiläufig erwähnt, daß eine besondere Besteuerung der Kohle bisher nicht stattfindet: eine Kohlenzöndersteuer sei vielfach nicht ganz von der Hand zu weisen. Begierig fällt nun das Bundesblatt über den Gedanken her, um ihn in seiner Weise weiterzuspinnen. Das Blatt schreibt:

„Es ist bedauerlich, daß die liberale „Königliche Ztg.“ sich nicht näher darüber ausgesprochen hat, in welcher Form sie die Kohle zur Steuer herangezogen sehen möchte, nachdem sie sich aus Respekt vor der Großmacht der Kohlenaktionäre dagegen verwahrt hat, Befürworter in einer „Bergwerkssteuer“ sein zu wollen. Jedenfalls aber hat hier gerade von liberaler Seite her einmal die „Steuerwünscherliste“ nach einer tatsächlich sehr reichen Quelle hingeschlagen. Man kann es wohl als ziemlich feststehend ansehen, daß bei Kohlenförderung und Kohlenhandel mit den größten Vermögens in Deutschland erworben sind und noch werden. Der Reichssteuerfiskus aber hat diese reiche Industrie bisher vollkommen mit einer Tributhebung verschont, während er doch z. B. Hunderte von Millionen aus den viel, sehr viel weniger erträglichen Gewinnen der Zucker-, Spiritus- und Tabakproduktion zieht. Das könnte eigentlich um so unverständlicher erscheinen, als doch die Kohlenindustrie durch die Schatzgräberei dem vaterländischen Boden unerklärliche Werte entzieht, also die Gesamtheit derselben weniger wertvoll machen, während bei den andern eben genannten Gewerben das Umgekehrte geschieht. Vielleicht ermägt die Steuerkommission des Bundesrates, wie sie die von der liberalen „Königlichen Zeitung“ angeregte Heranziehung der Kohlengruben zu den Reichssteuerlasten an den besten bewerkstelligen und damit zugleich den Bayern eine Elektrizitätssteuer oder Wasserkraftsteuer annehmbarer machen könnte.“

Schließlich verweist die „Tageszeitung“ noch darauf, daß die „Rheinische Volksstimme“, das rheinisch-agrarische Zentrumsblatt, an den Zwickauer Kohlenzehnten erinnert habe, den sich die Stadt von den geförderten Mengen ziehen läßt. Auch hier ist der Schlusssatz: Kohlenzehnten für den Staat! Das Zentrumsblatt schließt in Übereinstimmung mit der „Tageszeitung“:

„Für unser Reichschatzamt aber wäre es eine gute Aufgabe, einmal ausrechnen zu lassen, wieviel in die Reichskasse fließen könnte, wenn nach den bescheidenen Sätzen von Zwickau alle Gruben im deutschen Boden einen Kohlenzehnten für die Gesamtheit abgeben müßten.“

Ein solcher Kohlenzehnten wäre unter den obwaltenden Umständen ein kompletter Unsinn!

### Neue Militärausgaben.

Es steht nunmehr fest, daß der Militäretat, wie er diesen Winter den Reichstag beschäftigen wird, für Preußen neu fordern wird einen Kavalleriebrigadestab, ein Kavallerieregiment, einen Kommandant der Pioniere und ein Pionierbataillon.

So schaut die Sparjamkeit aus, die nach den gemachten Versprechungen des Reichskanzlers auch auf militärischem Gebiete geübt werden sollte.

### Das preussische Sparsystem.

Es soll also wirklich ernst gemacht werden mit einer sparsameren Wirtschaft im Staatshaushalt, und zwar wird der Anfang im Eisenbahndienst gemacht. Die Vorstandsstellen der Betriebsinspektionen sollen in Zukunft, wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, durch mittlere technische Beamte besetzt werden, während sie z. Z. nur von akademisch gebildeten Bauinspektoren verwaltet werden. Eine ähnliche Einrichtung besteht z. Z. schon bei den Eisenbahnverkehrs-Inspektionen, deren Vorkräfte meist ehemalige Kontrolleure, also praktisch erfahrene und geeignete mittlere Beamte sind. Nur einzelne Verkehrsinspektionen haben Assesoren, also Juristen, zum Vorstande. Dergleichen Stellen sind lediglich Durchgangsposten für den Betreffenden. Wichtige Betriebsinspektionen sollen nach wie vor von den Bau- und Betriebsinspektoren besetzt werden. Auch für den BureauDienst stehen weitere Reformen in Aussicht. Für die Arbeitsräte erster Klasse, die lediglich durch Eisenbahnsekretäre und deren Anwärter ausgefüllt werden, sollen, soweit es irgend tunlich ist, Assistenten, und für Arbeitsräte zweiter Klasse, für die Betriebssekretäre und Assistenten zuerst vorgesehen sind, Untere Beamte und im BureauDienst geschulte Damen Verwendung finden. Auch im unteren Eisenbahndienst werden nach und nach Hilfsbeamte und intelligente Arbeiter der Geschäfte der jetzigen Beamten, wie Lade- und Schirrmeister usw., besorgen.

Die Ersparnis geschieht also in der Weise, daß man verantwortungsvolle Posten von Beamten verwalten läßt, die schlechter bezahlt werden, als die jetzigen Inhaber dieser Stellen. Viel zweckmäßiger wäre es gewesen, wenn man zunächst das Heer der Konfiskationäre vermindert hätte; auch sonst gibt es in Preußen eine Menge Sinecuren, die vermutlich beibehalten werden sollen. Man wird diese Art des Sparsystems noch recht scharf unter die Lupe nehmen müssen.

### Kriegsminister v. Sinen und die Kriegervereine.

Der Regierung ist es offenbar recht unangenehm, daß die Erlasse des Kriegsministeriums, betr. den Beitritt der Offiziere zu den Kriegervereinen, in die Öffentlichkeit gekommen sind. Die amtliche Berliner Korrespondenz kann zwar das Vorhandensein dieser Erlasse nicht bestreiten, meint aber feststellen zu sollen, daß sie nicht geheim waren und fügt hinzu:

Auch eine am 1. Juni 1906 in gleicher Angelegenheit erlassene Verfügung ist nicht als „geheim“ ergangen. Alle drei Erlasse bezwecken, was sich aus ihrem Inhalt auch klar ergibt, lediglich die Förderung des Kriegervereinstwesens, ohne irgendwelche Ausübung eines Zwanges.“

Die amtliche Agitation für die Kriegervereine wird also offen zugegeben und darauf kommt es im wesentlichen an. Die Kriegervereine sind politische Vereine und zu den Befugnissen des Kriegsministers gehört es nicht, amtlich eine politische Tätigkeit zu entfallen.

### Wahltag in Anhalt.

Dem anhaltinischen Landtag gehörten bisher zwei Sozialdemokraten an. Um diese zu beseitigen, kam ein Kartell der bürgerlichen Parteien zustande, das von dem politisch völlig verkommenen Freisinn bis hinüber zu den Konserverativen reichte. Doch der Liebe Mühe war umsonst, unsere Genossen verloren zwar den Sitz in Dessau, den sie nur durch ein Kompromiß errungen hatten, behaupteten aber das Mandat in Nienburg und eroberten die beiden Mandate in Bernburg. — Sa, das Niederreiten ist eine schwere Arbeit, das dürften die Blockbrüder doch nun bald einmal einsehen!

### Soldatenbibliotheken

find als neuestes Mittel gegen den Umsturz erdacht. Was die freundschaftlichen Rippenstöße und Fußtritte der „Stellvertreter Gottes“ nicht vermögen, sollen die Soldatenbibliotheken vollbringen, nämlich die jungen „Vaterlandsverteidiger“ für alle Zeiten gegen das rote Gift immun machen. Der „Kö.-Westf. Ztg.“ wird darüber aus Berlin geschrieben:

„An maßgebender Stelle geht man seit längerer Zeit mit Erwägungen um, den Kasernen geeigneten Lesestoff in der Form von Bibliotheken für Soldaten zuzuwenden. Vor allen Dingen wären diese Pläne schon darum aufs freundlichste zu begrüßen, weil auf diese Weise in der besten Form gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie vorgegangen wird, die immer größere Anstrengungen macht, die aufreizende sozialdemokratische Literatur in die Kasernen einzuschmuggeln. Besonders bei der Neueinstellung von Rekruten ist diese sozialdemokratische Agitation hervorragend in Blüte. Selbstverständlich kommt auch bei der voraussetzlichen Anschaffung von Kasernenbibliotheken, mit in erster Reihe das Moment in Betracht, unseren Soldaten einen Lesestoff in die Hand zu geben, der bildend und auf ihre geistige Tätigkeit fördernd wirkt. Bisher war diese Frage der Kasernenliteratur vollständig in die Hand der Regiments- und Bataillonskommandeure gelegt. In vielen Fällen haben diese auch viel für die Ausbildung der Soldaten getan. Aber sehr oft haben dazu die Mittel gefehlt, sodaß es ihnen nicht möglich war, ausreichend dafür Sorge zu tragen. Ihre ganze Tätigkeit mußte sich leider darauf beschränken, das Eindringen der sozialdemokratischen Literatur von den Kasernen abzuhalten. Es mag darauf hingewiesen werden, daß sich in anderen Staaten schon vielfach Kasernenbibliotheken vorfinden, mit denen die Heeresverwaltung die besten Erfahrungen gemacht hat. Frankreich hat sogar ein „Kasernen-theater“ gegründet, in dem der nationale Sinn gefördert und allen antinationalen Bestrebungen aufs wirksamste entgegengearbeitet wird.“

Es ist natürlich nur eine freche Unwahrheit, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie veruche ihre Literatur in die Kasernen einzuschmuggeln. Die Sozialdemokratie hat eine solche Agitation nicht einmal nötig, da durch den Kasernenhofdrill und seine Auswüchse ihrer Gegner Agitationsarbeit für sie leichten. Wir brauchen daher auch die Soldatenbibliotheken nicht zu fürchten, ihr vorausichtlich geistlicher Inhalt wird uns keinen Abbruch tun. Wir würden eine solche Einrichtung sogar begrüßen, wenn sie wirklich so beschaffen sein sollte, daß sie den Protestierten in der Kaserne einen Lesestoff bietet, der wirklich bildend und geistig anregend wirkt. Doch da von einem solchen Lesestoff vor allem die Sozialdemokratie Vorteile hätte, ist leider nicht zu erwarten, daß Soldatenbibliotheken ihrer enthalten werden. Es würde ja sonst ihr ganzer Zweck vergebens sein.

### Dänemark.

Der Alberti-Skandal wurde im Folkething einer eingehenden Besprechung unterzogen. In besonders scharfer Weise ging Genosse Klause gegen die Regierung vor. Ministerpräsident Christensen und die Linke könne nicht mit einem Schein von Berechtigung sagen, daß sie nicht vor Alberti gewarnt worden wären. Schon früher hätte ein Abgeordneter auf das Unpassende hingewiesen, daß Alberti als Minister gleichzeitig Direktor der größten Sparkasse Dänemarks gewesen sei. Den Minister des Innern griff Klause ebenfalls an, weil dieser Minister keine Revision der geschädigten Bauernparkasse habe vornehmen lassen. Die Untersuchung müsse sich auch gegen den ehemaligen Landwirtschaftsminister Ole Hansen richten, der als zweiter Vorsitzender seine einfachste Pflicht verlegt hätte. Endlich sie die Untersuchung gegen den Konzeilspräsidenten Christensen zu richten, der Alberti trotz aller Warnungen 1 1/2 Millionen Kr. aus der Staatskasse geliehen habe. — Die Antwort der freiwilligen und unfreiwilligen Regierungskommission auf dieses schwere Geschütz unserer Genossen war nichtslugend.

### Österreich-Ungarn.

Eine Wahlrechtsdemonstration injenierten am gestrigen Sonntag unsere Genossen in Budapest. Angeblüh aus der Menge wurden acht Revolvergeschüsse auf die Polizisten abgefeuert, was den Anlaß zur Verhaftung mehrerer Personen bot. Wer die Schüsse abgegeben hat, ist noch nicht ermittelt; jedenfalls sind es Polizeia-genten gewesen.

### Rußland.

Der Universitätsstreik hat Sonntagabend begonnen. Aus diesem Grunde sind die Vorlesungen eingestellt worden.

### Bulgarien.

Bulgarien ein selbständiges Reich. Der Pariser „Temps“ meldet aus Sofia, Fürst Ferdinand wolle sich in Tirnowo zum selbständigen Herrscher ausrufen lassen.

# Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 5. Oktober.

**Achtung Maurer!** Wegen Mordarbeit ist über die Affordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fadenburger Allee Nr. 51, Fabz, Werberstraße Nr. 28 die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Börner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grümmühle in der Hafenstraße, Siesbau Markt, Kattenhof bei Schwartau.

**Achtung Bauarbeiter!** Über die Siesbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Börner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Affordanten F. Mädel und F. Fabz in Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grümmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

**Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins** findet morgen, Dienstag abend, statt. Wie weisen auf dieselbe nochmals hin.

**Der Reichsligenverband** ist wiederum ernstlich an der Arbeit, um Mitglieder für seine unsaubere Organisation zu werben. Auch an hiesige Einwohner versendet er Druckschriften, in denen er dieselben zum Beitritt auffordert. Beigefügt sind u. a. Jahresberichte für 1907, sowie eine mit Adresse versehen Postanweisung, vermittelst welcher das vom Reichsverband für seine Zwecke in Aussicht genommene Schicksal sein Geld nach Berlin in die große Kasse werfen kann. Nicht ohne Interesse sind die Tätigkeitsberichte des Reichsverbandes. Es ist selbstverständlich, daß der für die Sozialdemokratie nicht günstige Ausfall der Reichstagswahlen im Januar 1907 vom Reichsligenverband benützt wird, um sich selbst zu beweihräuchern. Zunächst wird gesagt, daß die Auflösung des Reichstages am 13. Dezember 1906 den Reichsverband nicht ganz unerwartet traf. Wenn Worte Sinn haben, so heißt das klipp und klar, daß die Regierung den Reichsverband bereits vorher von ihrem Vorhaben verkündigt hatte, um sich bei der Wahl auf diese Organisation stützen zu können. Eine nette Regierung, die so handelt! Daß der Reichsverband sich damit nicht tut, daß Bülow auf seine „Anregung“ den berühmten Silberbrief geschrieben hat, sei nebenbei erwähnt. Welche Schmutzkübel der Reichsverband über die arme deutsche Wählerschaft ausgegossen hat, kann man daraus entnehmen, daß nach seiner Angabe im Wahlkampf 1907 mehr als zehn Millionen Flugblätter von ihm verbreitet worden sind. Daß auch die Einwohner Lübecks ihr Teil davon abbekommen haben, ist bekannt. Die Lügen von den zweibeinigen Tieren in Uniform u. a. sind wohl noch in aller Gedächtnis. Ein Hilfsmittel des Reichsligenverbandes sind die fliegenden Rednerschulen. Es dürfte unsere Leser interessieren, wer die Lehrer an denselben sind. In dem Reichsverbands-Flugblatt Nr. 210 heißt es darüber:

Nicht weniger als 47 Lehrer waren an den sieben fliegenden Rednerschulen des Reichsverbandes bisher tätig. unter ihnen 3 Reichstagsabgeordnete, 1 Landtagsabgeordneter, 3 Rechtsanwälte, 6 Professoren, 6 Ärzte, 3 Arbeitersekretäre, 3 Redakteure, 6 Generalsekretäre und Beamte des Reichsverbandes, 4 Schulmänner, 2 Juristen, 5 Offiziere u. d., 3 Fabrikbesitzer, 1 Stadtrat, 1 Ingenieur und 1 Bergkat.

Wie man sieht, eine feine Gesellschaft, die sich herabläßt höchstselbst das Volk zu belächeln. Es heißt in dem betr. Flugblatt weiter:

„Besondere Ausbildungskurse und Rednerschulen für Volksschullehrer, Lichtbildvorträge, politische Feste u. dergl. sollen weiter dazu dienen, auch in politischen Stillen Zeiten den Eifer für politische Betätigung nicht erlahmen zu lassen. Auch die Aufklärungsarbeit durch die Schrift wird sich der Reichsverband nach mehr als bisher angelegen sein lassen. Aus begründlichen Gründen kann gerade über diesen Teil seiner praktischpolitischen Tätigkeit der Öffentlichkeit Näheres nicht mitgeteilt werden. Nur soviel sei hier gesagt, daß beschlossen worden ist, eine eigene Druckerei einzurichten, durch die es dem Reichsverband möglich sein wird, das Instrument der Presse noch ganz anders zu handhaben als bisher.“

Da kann man sich ja auf einen Riesenschwindel in Wort und Schrift gefaßt machen! Und die Volksschullehrer sollen dabei helfen. Dem Empfänger des uns zur Verfügung gestellten Reichsverbandsbettelbriefes, ein geachteter Mann aus dem Bürgeramt, empfand es als eine Beleidigung, daß man ihm den Beitritt zu einer so unsauberen Organisation, wie der Reichsverband es ist, zumute. Weiber haben nicht alle Leute ein ebensolches Keinlichkeitsgefühl. Es wird noch manche Dumme geben, die sich fangen lassen. Der Reichsverband ist an der Arbeit; die Arbeiterschaft muß deshalb auf dem Posten sein!

**Das Hochofenwerk Lübeck** weist nach seinem Geschäftsbericht für das dritte Geschäftsjahr, wie wir bürgerlichen Blättern entnehmen, bisher keine günstige Entwicklung auf. Auf den beiden Hochöfen wird in der Hauptsache Gießereierzeugnisse aus schwedischen Erzen und Erzen aus den Ländern des Mittelmeeres erblassen. Die Steinkohlen werden vornehmlich aus England bezogen und auf einer eigenen Kokererei verkokt. Daher nimmt das Werk wie das Eisenwerk Kraft in Stettin unter den deutschen Hochofenwerken eine Sonderstellung ein, was es auch veranlaßt hat, sich lange gegen den Beitritt zum Rheinisch-westfälischen Roheisensyndikat zu sträuben. Die Majorität der Aktien des Werkes befindet sich in den Händen des Staates Lübeck, der darum mit der Eisenhandlung später in Koblenz einen langen Prozeß zu führen gehabt hatte, der schließlich durch einen Vergleich gütlich beigelegt wurde, wodurch dem Staate die Majorität gesichert blieb. Das Geschäftsjahr 1907/08, das erste Jahr eines regelmäßigen Betriebes, schloß mit einem Betriebsverluste von 26498 Mk., während sich im Vorjahre ein Verlust auf 24081 Mk. in Höhe von 16441 Mark ergeben hatte. Außerdem erfordern noch Provisionen, Zinsen und Generalunkosten 205259 Mk. (i. V. Gründungskosten, Kosten für die Obligationenanleihe und Provisionen 24309 Mk. Auf Effektenkonto wurde ein Verlust von 1825 Mk. (226) erlitten. Die Abschreibungen sind auf 574644 Mk. (—) bemessen worden. Davon mußten allein 279519 Mk. auf die zu hohen Preisen eingelaufenen Materialien und 69982 Mk. auf die Produkte abgeschrieben werden. Im Geschäftsbericht wird hierzu ausgeführt: Die durch den Niedergang der Roheisenpreise und des Roheisenabfuges hervorgerufene Lage unseres Werkes wurde ershwert durch die teuren Preise der Rohmaterialien, welche zu Zeiten der Hochkonjunktur eingekauft werden mußten, und deren Bestände höher als normal sind, da die Inbetriebsetzung des Werkes, obgleich die Fertigstellung energig gefördert wurde, infolge des lang andauernden Winters und anderer Schwierigkeiten, um mehrere Monate verzögert wurde. Um eine Unterbilanz zu vermeiden, und um dem Werke angesichts der ungeklärten Marktlage weitere Mittel zuzuführen, wurde beschlossen, bis zu 6000 Genußscheine

zu 150 Mk. auszugeben, die den Aktionären auf je eine Aktie angeboten werden sollten. Von den Aktionären wurden sofort 5021 Genußscheine bezogen, wofür dem Unternehmen 758150 Mk. neue Mittel zutlossen. Der Erlös von weiteren 190 nach dem 1. Juli bezogenen Genußscheinen kommt dem nächsten Geschäftsjahre zugute. Außer dem Erlös der 5021 Genußscheine gleich 758150 Mk. werden zur Deckung des Betriebsverlustes, der Unkosten und der Abschreibungen, die insgesamt 808228 Mk. ausmachen, noch 55076 Mk. aus dem Reservefonds verwendet, der dadurch zur Auflösung gelangt. An Roheisen wurden im Berichtsjahre 69180 Tonnen produziert und 9515 Tonnen hinzugekauft. Nach Abzug des Bestandes von 67789 Tonnen verbleibt ein Bestand von 10906 Tonnen. In der Bilanz sind der Grundbesitz und die Hüttenanlagen mit 7898000 Mk. (i. V. Baukonto 4364374) und die Vorräte an Materialien mit 1243319 Mk. (864733), an Produkten mit 819368 Mk. (—) bemerkt. Unter den Debitoren in Höhe von 962094 Mk. (19524) erscheint ein Bankguthaben von 202796 Mk. Das Aktienkapital ist jetzt in voller Höhe von 6 Millionen Mark eingezahlt, im Vorjahre waren nur 4500000 Mk. eingezahlt. Unter den Kreditorenforderungen in Höhe von 4595966 Mk. (2315212) befanden sich Bankschulden mit 3006747 Mk.

**Die Ortskrankenkasse zu Lübeck** hatte am 1. Oktbr. 1908 18484 Mitglieder gegen 17869 im Jahre 1907. Auf Männer entfielen davon 12777 (1907 12438) auf Frauen 5707 (1907: 5421). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten September 1908 Männer 275 (1907: 256) und Frauen 207 (1907: 170). Ausweise für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Sept. 1436 (1907: 1121) erteilt. Sterbegeld wurde im Sept. für Mitglieder in 8 Fällen, für Angehörige in 89 Fällen gezahlt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft in Anknüpfung an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Sept. 14 Abwehungen erfolgen müssen. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sachgemäßen Verhaltensvorschriften waren in 16 Fällen mit Strafe zu belegen.

**Der dritte Teilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer** und der Beiträge zur Stadtwasserkunst für 1908/09 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober d. J. in der Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

**Nationale Schweinefleisch.** Auf dem Gehöfte des L. Böckenhauer in Siems ist die Schweinefleisch auszubringen. Die Schweinefleisch des Genannten sind unter Sperre gestellt.

**Wo kommt der Altwiebersommer her?** Wer an schönen, sonnigen Herbsttagen spazieren geht, hat Gelegenheit zahlreiche dieser weißen Fäden in der Luft zu sehen, die unter dem Namen Altwiebersommer, fliegende Sommer, Flugflommer, Sommerfäden, Grasweben usw. bekannt sind. über dieses feine, weiße Gewebe, welches bisweilen im Frühjahr (Mädchenflommer), öfter im Spätherbst Felder und Wiesen überzieht, in der Luft umherfliegt und fadenförmig an erhabenen Gegenständen sich anhängt, weiß man folgendes: Der Volks glaube früherer Jahrhunderte brachte den fliegenden Sommer in Verbindung mit den Göttern. Nach Einführung des Christentums bezog man ihn auf Gott und Maria, weshalb er in Frankreich als de la Vierge, im südlichen Deutschland Mariengarn, Marienfa den oder Frauenflommer, in England Gossamer (Gottes Schleppe) genannt wird. Die fliegenden Fäden werden von jungen und alten Spinnen gesponnen und zwar vornehmlich von Individuen der Gattungen Luchs spinne (Lycosa), Kreuzspinne (Epeira), Krabbenspinne (Thomisus) und Weber spinne (Theridium). Diese Spinnen sind zum Herbst heran gewachsen, und ihre Fäden bezeichnen die Wege, welche sie zogen. Da sie aber nur bei gutem Wetter spinnen, so steht die Erscheinung in der Tat im Zusammenhange mit schönen Herbsttagen. Die Fäden werden zum Teil vom Winde losgerissen und fortgeführt, aber auch von den Spinnen direkt für eine Fahrt durch die Luft erzeugt. Das Tierchen kriecht auf einen erhöhten Punkt, reckt den Hinterleib in die Höhe, schießt einen oder mehrere Fäden aus seinen Spinntwarzen empor und überläßt sich, von diesen getragen, der Luft strömung. Will die Spinne auf den Boden zurückkehren, so klettert sie an dem Faden hinauf und rückt ihn dabei mit den Füßen zu einem Häkchen zusammen, welches sich langsam zu Boden senkt.

**Frei-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 4. Oktober, morg. 6 Uhr: Wasser 15, Luft 12; 10 Uhr: Wasser 16, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 16 1/2, Luft 23; abends 6 Uhr: Wasser —, Luft — Grad Celsius.

**Ein Kind verschwunden.** Seit dem 1. ds. Mts. hat die 11jährige Tochter der Ehefrau Grimm, namens Anna Grimm, wohnhaft Effenstraße Nr. 20/16 aus der elterlichen Wohnung sich entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß sie sich in der Stadt und Umgebung umhertreibt. Sie war bei ihrem Fortgange bekleidet mit einem schwarzen und grünfarbten Kleide, blaufarbter Schürze und Holzpantoffeln. Personen, die über den Aufenthalt des Kindes etwas wissen, werden ersucht, hiervon im Bureau der Kriminalpolizei oder der Mutter Mitteilung zu machen.

**Des Diebstahls schuldig.** Festgenommen wurde ein Tischlergeselle aus Schluchbach, der sich des Uhr- und Gelddiebstahls zum Nachteil eines hiesigen Schankwirts schuldig machte.

**Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Laage, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Ahrensböfel fleckenweise verfolgt wird.

**Fahrad diebstahl.** Am 8. ds. Mts., gegen 7 Uhr abends, wurde ein vor einem Hause der Mühlenstraße aufgestelltes Fahrrad, Marke „Orignier“, gestohlen. Das Rad war mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 11947 versehen, hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen, Freilauf mit Rücktrittsbremse und nach oben gebogene Lenkstange mit einem defekten Griff.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Heute Montag, abends 7 Uhr, geht als erste Opern-Vorstellung in dieser Spielzeit außer Abonnement Richard Wagners „Lohengrin“ in Szene. Die Besetzung der Hauptpartien ist folgende: Lohengrin: Herr Erb; Elsa: Fr. Barck; Telramond: Herr Langefeld; Ortrud: Fr. Bracher; Heinrich der Vogler: Herr Hoffges; Heerrufer: Herr Fischer. Die Inszenierung des Werkes leitet Herr Oberregisseur Islaub; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. Am Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt Albert Bergings komische Oper „Far und Zimmermann“ zur Aufführung.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Dienstag, den 6. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr findet zur Eröffnung des Stadthallen-Theaters eine Benefizfeier für Adolph Brönne statt, und zwar gelangt dessen Volksstück mit Gesang „Mein Leopold“ zur Aufführung. Den Gottlieb Weigelt spielt Herr Oberregisseur Fuchs, in dessen Händen auch die Inszenierung liegt. Der Vorverkauf der Billets sowie Duquetkarten findet von Montag ab täglich in dem Zigarren-Versandhaus Friedrich Nagel am Markt 14 neben der Börse und in dem Zigarrengeschäft Carl Koß, Mühlenstraße 19, statt.

**Schwartau.** Die Erziehung eines Wasserwerkes am Orte, so lautet die Tagesordnung der öffentlichen Versammlung, die am Sonnabend im Gasthof „Krausaal“ stattfand. Da gerade der Oktober-Umzug gewesen ist, so waren nur wenige Personen der Einladung gefolgt. Aus diesem Grunde beschloß die Versammlung, wegen der Wichtigkeit der Materie, am Dienstag abend nochmals eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen. Partei genossen, agitiert für dieselbe.

**Autu.** Ein Auto vom Zug überfahren. Am Sonnabend kurz vor 9 Uhr passierte ein Automobil gerade in demselben Augenblicke die Eisenbahngleise, als der von Kiel kommende Zug heranbraufte. Das Beihil wurde total zertrümmert; die Insassen kamen wunderbarerweise mit dem Schrecken davon.

**Oldesloe.** Zug-Zusammenstoß. Sonnabend mittag erfolgte auf dem hiesigen Bahnhofe ein Zusammenstoß zwischen dem Güterzug 6012 und einem Rieszug. Drei Wagen entgleisten. Ein Arbeiter erlitt schwere Verletzungen, während ein anderer leichter verletzt wurde. Der angezeichnete Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache des Zusammenstoßes ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß der Lokomotivführer des Güterzuges wegen des Nebels das Haltsignal nicht hat sehen können. Der Zusammenstoß erfolgte auf einem Nebengleise.

**Hamburg.** Tödlich verunglückt ist auf dem Hamburger Dampfer „Velox“ der Arbeiter C. Benthien. Er wurde beim Böschen von Roheisen von einem Laabbaum auf den Kopf getroffen und starb auf der Stelle. — Durch Säure schwer verbrannt. In den Guanowerken, am Reiherrstieg auf Steinwärdern hatten die Arbeiter Johann Bontkowski und Ludwig Figorek am Sonntag abend ein Gefäß mit etwa 100 Literkochender Salpetersäure zu transportieren. Dabei fiel ihnen das Gefäß aus den Händen und die ätzende Flüssigkeit ergoß sich über die Leute. Sie erlitten an ganzen Körper schwere Brandwunden. Schnelle Hilfe durch Angeestellte der Fabrik und Beamte der Feuerwache Nr. 8 linderten das Unheil. Auf Anordnung der Polizei wurden die Bedauernswerten ins Spasentrankenhaus transportiert.

**Altona.** Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Sonnabend vormittag 10 Uhr 18 Min. auf dem Bahnhof Holfenstraße. Dort waren die Angestellten der Feinstreinnigungsanstalt vom Beck u. Co. in der Kaiser Wilhelmstraße mit dem Reinigen der Fenster beschäftigt. Unter ihnen befand sich der Fensterputzer Beckmann, der in der Bismarckstraße 47 in Hamburg wohnt. Trotz Warnung eines Eisenbahnbeamten, kletterte er an einem Mittelpfiler empor, nahm Platz auf einem Vogenträger und begab sich an der Nordseite mit dem Rücken der Fenster der Einfahrtshalle. Bei dieser Tätigkeit kam er mit einem Fuß mit der Starkstromleitung in Berührung. Sofort trat Kurzschluß ein, und zum Entsetzen aller auf dem Bahnhof anwesenden Leute stand das Bein in hellen Flammen. In wenigen Augenblicken war der Fuß verkohlt. Der unglückliche Mann sank zurück und hing nun über dem Vogenträger zwischen Himmel und Erde. Von allen Seiten eilten Beamte und andere Personen mit Leitern herbei und befreiten den Unglücklichen aus seiner gefährlichen Lage. Man brachte ihn zunächst mittels Tragkörbes nach dem gegenüberliegenden Garnisonlazarett, wo festgestellt wurde, daß er an der einen Seite furchbar verbrannt ist. Die Sanitätskolonne brachte ihn sodann nach dem städtischen Krankenhaus. Dort wurde ihm ein Bein sofort amputiert. Es soll wenig Hoffnung vorhanden sein, den Unglücklichen am Leben zu erhalten.

**Kiel.** Noch ein Liebesdrama. Nachdem Freitag bei Lebensau im Kaiser Wilhelm-Kanal eine männliche Leiche gefunden war, ist Sonnabend vormittag dort eine weibliche Leiche gefunden worden. Es handelt sich um ein Liebespaar aus Kiel, das anscheinend Montag v. M. gemeinsam in den Tod gegangen ist. Es handelt sich anscheinend um den Zuschneider Klotz und um Wilhelmine Feldt.

**Neudorf.** Die Explosion auf der Düngerfabrik hat bis jetzt fünf Opfer an Menschenleben gekostet. Zwei der Gestorbenen hinterlassen eine Witwe mit sechs bzw. fünf Kindern. Ernste Besorgnisse erregt noch das Befinden zweier anderer Schwerverletzten. Bei weiteren elf Leuten liegt wohl keine Gefahr für das Leben vor.

**Wilhelmshaven.** Risiko der Arbeit. Bei Ausführung von Arbeiten in der Zentrale der Kaiserlichen Werft wurde der Monteur Linke vom elektrischen Strom getötet. — Die Stadt Wilhelmshaven ist infolge des Bruchs des Hauptzuleitungsrohres der Wasserleitung ohne Wasser. Auf der Werft ist deshalb der Betrieb stellenweise eingestellt worden.

**Güstrow.** Vom Schwurgericht. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde verhandelt zunächst gegen die Arbeiterin Wilhelmine West aus Wittenburg, die wegen Rinde stückung angeklagt ist. Das Urteil lautet auf drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus. — Bei Gelegenheit einer Alimentationsklage soll das Dienstmädchen Luise Heller aus Laage am 28. November 1907 vor dem Rostocker Amtsgericht wissentlich einen Meineid geleistet haben. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung der geständigen Angeklagten zu einem Jahre Zuchthaus, wovon ein Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten soll. — Auch die dritte Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Arbeiter Friedrich Gramkow aus Arpsbagen hatte sich wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten. Der Angeklagte wurde unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt.

**Schwerin.** Zwei Kinder verbrannt. Donnerstags nachmittag ist hier das Stallgebäude des Portiers Hofseld niedergebrannt. Das Feuer war durch spielende Kinder verursacht. Der dreijährige Knabe des Ehepaars Spätfeld und das vierjährige Mädchen des Ehepaars Brodrecht sind in den Flammen umgekommen.

### Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:  
Vom Dampfer „Roma“ . . . . . 0,75 Mk.  
Friedr. Meyer u. Co.

### Briefkasten.

S. Sid, Stockelsdorf. Mittwoch 8 1/2 Uhr dort.  
4 Streitende. Die ältesten Leute können sich nicht ent-  
sinnen, daß in Lübeck Meiereibutter schon 1.80 Mk. pro Pfd.  
gekostet hat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“  
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig;  
für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.  
Verleger: L. H. Sch warz. Druck: F. riedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Wie richte ich bequem und schön meine Wohnung ein?  
 Wo richte ich vorteilhaft meine komplette Wohnung ein?  
 Welches Geschäft richtet für wenig Geld jungen Leuten  
 ein hübsches und gemütliches Heim ein?

# H. E. Kochs Möbelhäuser, Lübeck, Marlesgrube 45, 40 u. 11,

Telephon 1350, mit eigenen Werkstätten für Möbeldruck- und Polsterarbeiten sind seit langen Jahren als sehr leistungsfähig, betreffs „billiger Preise“ und außerordentlich prompter und „exakter Lieferung“ bekannt. Ganz bedeutende und allergrößte Auswahl am Platze. Ehrenwerte und schmeichelhafte Referenzen und Empfehlungen. Wer einmal daselbst gekauft hat, kommt immer wieder und empfiehlt Kochs Möbelhäuser bei Verwandten und Bekannten.

Die Verkaufshäuser Marlesgrube 45, 40 und 11 und besonders das Erste und Hauptgeschäftshaus Nr. 45 nach dem Umbau und Zunahme der beiden großen Etagen mit den schönen und hellen Ausstellungssälen bieten eine vorzügliche Uebersicht und genaue Besichtigung der verschiedenen vielen Zimmereinrichtungen.

Jeder Käufer findet nach seinen Wünschen und Geldverhältnissen die größte Auswahl von einfachen lackierten bis zu den teuersten und elegantesten Möbeln. Sie müssen sich dieselben in den 3 Geschäftshäusern und auch die Schaufenster ansehen, weil dies richtiger ist und mehr Gewähr bietet, als alle Schreibereien und Zeitungsannoncen. Die Auswahl ist so groß, daß nicht alles genannt und aufgezählt werden kann. Jetzt zum Herbstgeschäft sind viele sogenannte „Saisonschlager“, welche ganz besonders billig sind, vorrätig, z. B. Bettstellen, Tische, Vertikows, Spiegel, Kleiderschränke, Küchenschränke, Kommoden, Pfeilerschränke, Küchentische, Stühle, Sofas mit nur extra starker Polsterung und guten Bezügen, Bilder, Ständer, Beisektische, Stummelstühle, und können daher Einrichtungen ausgesucht und sofort geliefert werden, da Möbelfuhrwerke vorhanden sind.

Kochs Möbelhäuser gewähren überhaupt allen Kunden bei Barzahlung auf alle billigen Preise noch einen Rabatt von 5% in Bar und dürfen Sie diesen selbst abziehen.

Beehren Sie H. E. Kochs Möbelhäuser mit Ihrem Besuch zwecks Besichtigung und ohne jeden Kaufzwang. Fordern Sie auch zur näheren Orientierung in Ihrer Familie einen Möbel-Hauptkatalog mit 400 Abbildungen u. Preisen, welcher unentgeltlich abgegeben oder zugesandt wird.

**Verpötet!**  
**Verband d. Hafnarbeiter**  
**Deutschlands.**  
 (Mitgliedschaft Lübeck.)

## Nachruf.

Am Donnerstag, den 1. Oktober 1908, starb unser Mitglied

## H. Kelling.

Ehre seinem Andenken!

Unserem Sportschützen J. Barmeister zu seinem Hochzeitstage die besten Glückwünsche.

Radfahrer-Verein „Vandalia“, Schlutup.  
 Fremdlisches Logis für jungen Mann oder Mädchen

Worbestraße 7 a.

Suche zum 1. Januar eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung in der Nähe der Elbwigstraße.

Ang. u. B. G. an die Exped. d. Bl.

Das Haus Engelwisch 28/23 (hellgrüner Gang) ist umständehalber sofort zu verkaufen. Näheres bei

C. Wittfoot, Hüritze 18, im Zigarrenladen.  
 Wegen Umzug einige Schlafzimmer-Einrichtungen spottbillig zu verkaufen.

Augustenstraße 1.

Eine echte dänische Dogge, 1/2 Jahr alt, sehr wachsam und treu, billig zu verkaufen  
 Schwartauer Allee 90 b.

## Eine Taschenuhr

auf der Wollfebrüde verloren.

Abzugeben Begeleit. 14. pt.

Frau Karsten, Hebamme,  
 jetzt Kottwitzstrasse 4.

Gute  
 Dienstag  
 billig.  
**Zwetschen u. Äpfel**  
 Wickestr. 33.

Uhrlieder einsetzen 1.50 Mk.  
 Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.  
 1 Jahr Garantie.

**Ernst Gentzen**, Uhr-  
 Schlichter, wacher  
 Königstraße 62, d. d. Hüritze  
 Gebe rote Rabattmarken.

**Adolf Häbner**, Uhrmacher u. Gold-  
 Schlichter, arbeit. Hüritze 13.

**Zur guten Quelle**  
 Langer Lohberg 30-32.

**Gr. Verschießen u. Anschießen**  
 von Gänsen und Karpfen  
 am Dienstag, d. 6. Oktober 1908.  
 Hierzu ladet freundlichst ein

**Paul Saust**

**Restaur. „Stadt Magdeburg“**  
**Grosses Verschießen**

von fetten Gänsen, Karpfen, Rauchschieß  
 um am Montag, den 5. Oktober.  
 Anfang 10 Uhr morgens. Einlaß 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

**Hans Fick**,  
**81 Glockengießerstr. 81.**

## Gr. Auktion Johannisstr. 25

im Gesellschaftshaus „Monopol“

am Dienstag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr,

über: 100 garnierte Damen-Winterhüte, neue Gewinde-Bohrmaschine, Knaben-Auzüge, Herren-Joppen, 2 Motor-Fahrräder, Ohrringe, Uhrenketten, Broschen, Taschenuhren, Gardinen, Portieren, Bilder, 2 Nähmaschinen, gr. Posten gebrauchter Mobilien, als: Sofas, Garderoben, Truhen, Garnituren, Tische, Bettstellen, 6 Staud kompl. Federbetten und vieles mehr öffentlich meistbietend verkauft werden durch den

**Auktionator u. Taxator Albert Mohrmann.**

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei Paul Fleming finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird. — Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

**Bierbier**, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6—9 Uhr.

## Pst!

Versuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse die Margarine-Marken

„Siegerin“ und „Mohra“

Sie finden keinen Unterschied gegen beste u. teure Meiereibutter u. fahren billiger dabei!

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.



Deutscher

**Metallarbeiterverband**

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Am Mittwoch, den 7. Oktober,  
 abends 8 1/2 Uhr,

**Der Sammlung**

der weiblichen Mitglieder  
 im Vereinshaus, Johannisstrasse 58-52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben“.
2. Abrechnung vom Sommervergnügen.
3. Verschiedenes.

Die Vertrauensperson.

## Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Moikling und Umgegend teile ich hierdurch mit, daß ich mit dem heutigen Tage eine

**Kolonial- u. Fettwaren-, Tabak- und Zigarren-Handlung**

eröffnet habe und bitte das geehrte Publikum, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

**Heinrich Mett.**

Deutscher

**Metallarbeiterverband**

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

## Achtung!

**Klempner-Versammlung**  
 am Mittwoch, den 7. Okt.,  
 abends 8 1/2 Uhr

beim Kolleg. J. Eggers, Stabenstr. 33.  
 Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Den Mitgliedern der Krankenkasse der Hauszimmerleute, G. S. Nr. 2 zu Lübeck, zur Kenntnis, daß die neuen Satzungen, welche in der außerordentlichen Generalversammlung am 9. Juli dieses Jahres beschlossen, am 4. Oktober 1908 in Kraft getreten sind.

Der Vorstand

**Sterbekasse „Fidelitas“**  
 für Männer und Frauen.

**Ordentliche General-Versammlung**  
 am Montag, den 12. Okt.,  
 abends 9 Uhr

in den Centralhallen (W. Borgwardt).

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr
2. Vorstandswahl laut § 13.
3. Anträge.
4. Innere Kassenangelegenheiten.

**NB.** Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder, Frauen und Männer, freundlichst ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, um bei der Überreichung eines Geschenks (gestiftet von Mitgliedern) an unserm Kassensführer (zu seinem 25-jährigen Jubiläum als Kassensführer dieser Kasse) zugegen zu sein.

Der Vorstand.

**Hansa-Theater**

**Eröffnungs-Programm!**

Von Publikum und Presse glänzend beurteilt.

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

**Stadthallen-Theater.**

Dienstag, den 6. Oktober et.:  
**Eröffnungs-Vorstellung.**

Gedenkfest für Adolph L'Arronge.  
**Mein Leopold.**

Vollständigt mit Gesang von L'Arronge.  
 Der Vorverkauf der Billets sowie Drogenkarten findet von Montag ab täglich in dem Zigarren-Verandhaus Friedr. Nagel, Am Markt 14, neben der Börse, und in dem Zigarrengeschäft Carl Rob, Mühlenstraße 19, statt.

**Neues Stadt-Theater.**

(Kassen-Telephon Nr. 298.)

Montag 7 Uhr. Außer Abonnement.

**Lohengrin.**

Oper von Rich. Wagner.

Dienstag 7 1/2 Uhr. Voll-Abonnem. 4.  
 Dienstag-Abonnement 1.

**Zar und Zimmermann.**

Komische Oper von Lortzing.

Franz Tugauer gestorben.

Einer der älteren Kämpfer in der Partei, der frühere Reichstagsabgeordnete Franz Tugauer, ist am 3. Oktober 1908 in Berlin einer Lungenentzündung erlegen.

im Berliner Kommunalleben nach vielen Seiten hin wahrnehmen. Seiner agitatorischen Tätigkeit im damals noch dunklen Schlesien ist es zu danken, daß die Parteigenossen des Wahlkreises Breslau-Ost ihn im Jahre 1890 in den Reichstag entsandten;

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie.

Vom Vormittag des 17. bis zum Mittag des 20. September fand im Volkshaus zu Odense der 12. Kongreß der Sozialdemokratischen Verbände Dänemarks statt.

Im dänischen Reichstag haben unsere Genossen die "liberale" Regierung, die nach und nach alle ihre demokratischen Grundzüge preisgegeben hat, scharf kritisiert.

Am den Bericht schloß sich eine rege Debatte. Es wurde ein Antrag eingebracht, die Haltung der Fraktion zur Zollreform zu mißbilligen.

Der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes wurde schließlich einstimmig gutgeheißen.

Es wurde sodann über die Stellung der Partei zum Genossenschaftswesen beraten. Die Partei und die Gewerkschaften Dänemarks haben in der "Gemeinsamen Bäckerei" und der Brauerei "Sjernen" zwei große Produktionsgenossenschaften, die sich gut reitieren.

Am Schluß der Freitagsitzung protestierte der Parteitag aufs schärfste gegen die unmenschliche Klaffensjustiz in Ma l m ö, die zwei schwedische Jungsozialisten zum Tode, einen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte.

Am Sonnabend kam zunächst die Taktik und Politik der Partei zur Verhandlung. Die Angelegenheit wurde nach kurzer Aussprache einer Kommission zur Vorberingung überwiesen.

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(66. Fortsetzung.)

Suzanna sah ihn erst rasch von der Seite an, denn sie glaubte wirklich, er wolle sich über sie lustig machen.

„Der Herr Doktor sind aber noch so sehr jung, daß eine Frau wohl kaum nötig wäre, und eine Wirtschafterin das im Haus Notwendige leicht genügend besorgen könnte.“

„Ausgezeichnet!“ rief der ihnen gerade gegenüberstehende Schelling und rieb sich vor Vergnügen die Hände, sah aber garnicht hinüber und tat, als ihm Fiedel einen wütenden Blick zuwarf, als ob er sich einzig und allein über eine Äußerung des Doktor Spiegel gefreut habe.

„In diesem Augenblick kam die „Hilse“ herein und winkte der Frau Doktor Spiegel, die erschreckt aufsprang und hinauslief, weil sie nach dem ängstlichen Gesicht des Mädchens irgend ein Unglück in der Küche vermutete.“

„Erstrecken Sie nicht, Madamchen,“ sagte das Mädchen, „es ist nur —“

„Um Gottes willen, was ist vorgefallen? — die Kinder —“

„Herr Jeses, wie sie nu gleich wieder sind,“ sagte aber das Mädchen, „es is Sie ja nur ein Petre draußen, der nach den Herrn Doktor fragt.“

„Aber um des Himmels willen, Liesbeth, wie haben Sie mich erschreckt!“

„Aber ich sagte Sie's ja gleich, Sie sollten nicht,“ verteidigte sich das Mädchen.

„Wer ist denn der Herr?“

„Ja ich weiß nich, es scheint so eine Art von Offizier zu sein.“

„Beste Frau Doktorin,“ sagte in diesem Augenblick eine Stimme in englischer Sprache. „Sie müssen mich entschuldigen, wenn ich Sie, oder vielmehr Ihren Herrn Gemahl nur auf einen Augenblick störe; aber ich ritt hier vorbei und sah gerade Licht.“

„Ah, Herr Leutnant Walker!“ rief die Frau Doktorin, die ihn mit dem Licht entgegen gegangen war und ihn jetzt erst erkannte. „Bitte, wollen Sie nicht näher treten?“

„Ich danke Ihnen; ich bin in größter Eile und möchte mit Ihrem Herrn Gemahl nur ein paar Worte sprechen.“

„Aber mein Mann wird Sie nicht wieder fortlassen, wir haben gerade ein paar gute Fremde zum Besuch —“

„Und ich werde die ganze Gesellschaft stören.“

„Nicht im mindesten, ach bitte sehr, treten Sie doch näher!“

Leutnant Walker, solcher Art freundlich gezwungen, konnte nicht gut länger ausweichen und folgte der Dame von dem Vorlaal aus durch das Besuchszimmer in das benachbarte Gemach, wo die Gäste noch um den gedeckten Tisch in eifriger Debatte saßen, während Frau Doktor Spiegel indessen nur ihrem Manne winkte und dann wieder hinausging, den schon begonnenen Punkt zu vollenden.

Breyfeld hatte es indessen auch gerade möglich gemacht, da schon einige der Gäste von ihren Sitzen aufgestanden waren und das Gespräch lebendiger und lauter wurde, seinen Weg zu Mac Donald zu finden, hinter dessen Stuhl er sich einen Sessel rückte und den Fremden jetzt frug, ob er nicht Lust habe, eine kleine Exkursion mit ihm an den Murray, in der Nähe des Viktoria-Sees, der Mündung zu zu machen, wo sie eine Menge interessante Vögel, ferner den Platibus und ziemlich zahlreich Kängurus antreffen würden.

„Ah, mein bester Leutnant Walker!“ rief in diesem Augenblick Doktor Spiegel, der den Fremden in der Tür erkannte, in englischer Sprache und mit lauter Stimme dem Eintretenden entgegen. „Das ist ja eine ganz unerwartete, aber desto willkommene Freude, die Sie uns heute abend machen, oh bitte, kommen Sie näher!“

„Es sollte mir unendlich leid tun, wenn ich die Gesellschaft störe.“

„Aber ich bitte Sie um Gottes willen, nur keine Entschuldigungen: wir sind hier ganz unter uns. — Herr Oberleutnant Walker, meine Herrschaften, den ich Ihnen hier das Vergnügen habe vorzustellen, Kommandierender in diesen Regionen der reitenden schwarzen Polizei, des Schreckens der Bushrändler und Eingeborenen. — Hier meine Frau und meine Mutter kennen Sie, lieber Leutnant, dort habe ich das Vergnügen, Ihnen Fräulein Suzanna Lischte vorzustellen, hier Herrn Doktor Fiedel, unsern berühmten Askulap, hier Herrn Kapitän Pelger von der „Albertine“, hier Herrn Doktor Schreiber, einen anderen Askulap, da Herrn Breyfeld, den berühmten australischen Ornithologen, dort Herrn Apotheker Schelling, Mrs. Smith, Herrn Pastor Meier, meine Mutter kennen Sie, Herrn Baron von Vic, Frau Pastor Meier, Herrn Zegel, einen unserer tüchtigsten Mitarbeiter der „Aboitabe-Zeitung“, Fräulein Meier, hier neben mir Frau Apotheker Schelling und da Mr. Smith, von Saaidorf. So, jetzt kennen Sie die ganze Gesellschaft,“ setzte er hinzu, indem er seinen Stuhl zurück und einen anderen daneben rückte, „und nun mein lieber Leutnant — und hoffentlich bald Kapitän, wenn Sie Ihre glorreiche Expedition beendet haben — seien Sie mir herzlich willkommen! Sehen Sie sich hier neben mich und trinken Sie vor allen Dingen erst ein Glas Wein, um den Straßenstaub hinunter zu spülen.“

Walker wandte sich gegen jeden der ihm Vorgestellten; aber das Ganze ging so rasch, und aus der dunkeln Straße eben erst hereingekommen, blendeten ihn auch die Lichter noch so sehr, daß ihm die Gestalten vor den Blicken zu einer wirren unverkennbaren Masse zusammenschmolzen. Die Namen selber hörte er kaum.

Es war ein Glück für Mac Donald, daß er gerade mit Breyfeld ein Gespräch begonnen hatte und nach der ersten förmlichen Verbeugung, bei der er sich zum ersten Male wieder seinem gefährlichsten Feinde gegenüber sah, mit jenem weiter verkehren konnte. Er sah augenblicklich, daß ihn Walker, in der modischen, steifen Tracht mit der blauen Brille, den kurzen Haaren und dem gelblichen Barte nicht erkannt, ihn in dieser Gesellschaft auch nicht vermuten konnte, und überließ ruhig das weitere dem Gewirt der Versammlung, sowie der eifriger Geschäftigkeit seines Wirtes.

tagsession stellte der Parteitag eine Reihe praktischer Forderungen auf, wie die einer gerechten Wahlkreiseinteilung, Ausdehnung des Wahlrechts, Kinderfürsorge durch Errichtung guter Heime und Erziehungsanstalten, Verbesserung der Volksschulen und ihrer Verwaltung, Schulweisung, gerechte Ordnung des Steuerwesens, Einführung des Achtstundentages, Verbesserung des Fabrikgesetzes und des Kinderschutzes, Reform der Krankenpflege = Gefangenschaft.

Der Parteitag nahm eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Genossinnen nicht besondere politische Vereine bilden, sondern gemeinsam mit den Männern im Sozialdemokratischen Verband und seinen Ortsabteilungen organisiert sein sollen. Aus diesem Grunde soll den Frauen die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation so leicht wie möglich gemacht werden. Darum wurden auch die Beiträge, die die Ortsabteilungen an den Agitationsfonds des Bezirks zu zahlen haben, für die Städte und unter städtischen Verhältnissen arbeitenden Mitglieder auf 12 Ore für die Frauen und 25 Ore für die Männer, und für das Land dementsprechend auf 7 und auf 15 Ore festgesetzt. Für die Administration des Verbandes sind für jedes männliche Mitglied jährlich 20 Ore, für jedes weibliche Mitglied 8 Ore zu zahlen.

Die in der gegenwärtigen Zeit wichtigste Frage, die den Parteitag beschäftigte, war die der Taktik bei den im Frühjahr 1909 stattfindenden Folkethingswahlen. Die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßt hatte, war nicht einig geworden, sondern hatte sich in eine Mehrheit und eine Minderheit geteilt. Die Meinungsverschiedenheit bestand hauptsächlich darin, ob und wie weit man bei der Aufstellung neuer Kandidaturen auf die radikale Linkenpartei Rücksicht nehmen sollte. Die Kommissionmehrheit brachte eine Resolution in Vorschlag, wonach zu den 62 Kreisen, wo schon bei der vorigen Wahl Sozialdemokraten kandidierten, noch 14 andere Kreise hinzugefügt werden sollten. Dazu brachte Genosse Sabroe einen Interantrag ein, die für die Radikalen ausführenden beiden Wahlkreise Halbäck und Maribo auszuscheiden und dieser Partei zu überlassen. Dagegen hielt die Kommissionminderheit diese Art Alliancepolitik mit den Radikalen für ungewislich und schlug die Aufstellung neuer sozialdemokratischer Kandidaturen in 22 Wahlkreisen vor. Die Debatte darüber war sehr lebhaft. Sie endete damit, daß der Vorschlag der Kommissionmehrheit und auch der Antrag Sabroes angenommen wurden. Danach ist also beschlossen, bei den bevorstehenden Wahlen in zwölf neuen Wahlkreisen, also im ganzen in 74 der 114 Folkethingswahlkreise, sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen. Ferner befaßt die Resolution, daß über eventuelle Aufstellung von Kandidaten der Partei in den übrigen Kreisen die betreffenden Ortsabteilungen, Agitationskommissionen und der Hauptvorstand gemeinsam zu entscheiden haben. Den Genossen in den Kreisen ohne sozialdemokratische Kandidaten wird empfohlen, für die mehr demokratischen, gegen die mehr konservativen Kandidaten zu stimmen.

In der letzten Sitzung, am Sonntag vormittag, befaßte sich der Parteitag zunächst mit Fragen der Agitationsarbeit und der Agitation. Unter anderem wurde beschlossen, daß alle Vierteljahre eine kleine Schrift oder Broschüre herausgegeben werden soll, enthaltend einen oder mehrere Abhandlungen oder Artikel zur Beleuchtung der sozialen Verhältnisse und zur Förderung und Ausbreitung der sozialistischen Grundgedanken. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen werden aufgefordert, für Verbreitung dieser Schriften zu sorgen. Ein Ausschuss von 5 Mitgliedern wurde eingesetzt, um diese Angelegenheit wahrzunehmen. Ferner wurde dem Hauptvorstand Auftrag erteilt, die Bedingungen für die Gründung einer sozialistischen Monatschrift zu untersuchen. Einem gemeinsamen von der Partei und den Gewerkschaften eingesetzten Ausschuss wurde anbefohlen, für die Errichtung eines Archivs der dänischen Arbeiterbewegung und für die Gründung einer Buchhandlung Sorge zu tragen.

Mit der Frage der Gründung einer Arbeiterhochschule hatte sich bereits ein gemeinsamer Ausschuss der Partei und Gewerkschaften befaßt. Wie der Referent Martin Olsen mitteilte, waren die Untersuchungen, die sich namentlich auch auf derartige Einrichtungen im Ausland, in Schweden, Deutschland, England, Belgien, Österreich usw. erstrecken, noch nicht abgeschlossen. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die unter anderem besagt:

Der Kongress ist der Meinung, daß eine Arbeiterschule, wo dieses Aufklärungswert unter feinen Formen ausgeführt werden kann, von größtem Wert sein wird für eine einheitliche und zielbewußte Arbeit zur Befreiung der Arbeiterklasse, und beschließt deshalb, daß man versuchen soll, diesen

Gedanken demnächst zu verwirklichen. Dem Hauptvorstand wird aufgetragen, die vom Ausschuss begonnene Arbeit mit aller Kraft fortzusetzen und den Gedanken sobald wie möglich und in so großem Umfang, wie es die vorhandenen Lehrkräfte und die wirtschaftlichen Bedingungen möglich machen, zu verwirklichen.

Zur Agitation wurde ein Beschluß gefaßt, wonach den Kreisen, in denen die Gegner der Sozialdemokratie noch unbesiegt herrschen, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Ferner wird den Ortsabteilungen der Partei empfohlen, zur Förderung der sozialistischen Agitation unter den Frauen öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen Fragen behandelt werden, die die Frauen besonders interessieren. In der bevorstehenden Wahlbewegung sollen die Parteiblätter Freizeitspende oder Sonderabdrücke einzelner Artikel den Genossen zwecks Verbreitung zur Verfügung stellen.

Zur Jugendbewegung nahm der Parteitag eine Resolution an, die es der Parteileitung wie den Ortsvereinen der Partei zur Pflicht macht, die im Anschluß an die Partei wirkenden sozialdemokratischen Jugendorganisationen mit Rat und Tat zu unterstützen.

Zur Erörterung der Wald- und Landarbeiterfrage wurde vom Parteitag eine Kommission von 7 Mitgliedern eingesetzt, die dem nächsten Parteitag Vorschläge machen soll. Hier der in diese Kommission gewählten Parteigenossen sind Hänsler, einer ist Landarbeiter, und zwei, Dr. G. Lang und Borgbjerg, sind akademisch gebildete Leute.

Der Umstand, daß in einzelnen Fällen Parteigenossen in öffentlichen Ämtern Neigung zeigten, an Festessen für fürstliche Personen teilzunehmen, veranlaßte den Parteitag, folgende Resolution anzunehmen:

Der Kongress beschließt, daß die Vertreter der Partei keine Gelder aus öffentlichen Mitteln zur Veranstaltung von Festen für fürstliche Personen oder Festen zur Verherrlichung des Militarismus bewilligen, noch an solchen Festen teilnehmen dürfen.

Ferner faßte der Parteitag einstimmig folgenden Beschluß:

Im Anschluß an das, was Folkethingsmann Sigvald Olsen in seiner Eröffnungsrede zum Kongress über die Stellung der Sozialdemokratie zur Bildung einer parlamentarischen Regierung sagte, erklärt der Kongress, daß die Sozialdemokratie jeden Gedanken, daß die Partei, bevor sie absolute Mehrheit im Folkething hat, an der Bildung eines Ministeriums teilnehmen sollte, zurückweist.

Der Parteitag beschloß sodann einstimmig, ein Manifest an das arbeitende Volk Dänemarks, in dem zunächst die Folgen des „Systemwechsels“ von 1901 und die durch Aufdeckung der Schwindeleien Albertis geschaffene Lage geschildert wird. Es heißt in dem Manifest: „Bei der mehr und mehr ausgeprägt militärfreundlichen und gemäßigten Vergleichspolitik sind die großen Programmforderungen der gesamten Demokratie verraten oder verkrüppelt, ist die regierende Linkenpartei demoralisiert durch Jagd nach Ämtern, Hofstichelei, Ordens- und Titelschwindel usw. Nun wollte diese Partei nach Abgabe des Gutachtens der Landesverteidigungskommission ihren großen Programmbruch in der Militärfrage durchsetzen, als die Kritik eintrat. Die Linkenpartei ist gewarnt worden, als es noch Zeit war. Aber die große Mehrheit des Folkethings wies die Forderung unserer Parteigenossen auf Untersuchung der Albertischen Ämter- und Geschäftsführung zurück, sogar unter Unterdrückung der Redefreiheit, und die Mehrheit sowohl wie die ganze Regierung sind demnach voll verantwortlich für die nun eingetretene Katastrophe.“ — Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Schwindeleien und die Korruption des Justizministers Alberti eine Folge und ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit ihrer rückwärtschreitenden Entwicklung ist und wiederum treffend die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung zeigt. Mit Bezug auf das Streben der reaktionären Parteien, die jetzige Lage als eine Folge der „Demokratie“ und des Parlamentarismus hinzustellen, heißt es in dem Manifest:

Wir widerlegen uns jedem Versuch, an dem parlamentarischen Prinzip, daß die Regierung mit der Folkethingsmehrheit im Einklang stehen soll, zu rütteln. Aber wir verlangen auch eine Regierung von Männern, die der vollständigen Aufklärung des entdeckten Schwindels nicht entgegenarbeiten, diese Aufklärung nicht zu hemmen suchen. Wir fordern, daß eine gründliche Untersuchung durchgeführt, daß alle Administrationsmißbräuche aufgeschleiert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist nun die erste Aufgabe der dänischen Politik.“

Nach Schilderung der wichtigsten demokratischen, sozialen und sozialistischen Forderungen der Partei schließt das Manifest mit den Worten:

Wir fordern das arbeitende Volk auf, sich den Sozialismus zu eigen zu machen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, seine gewerkschaftlichen, politischen und kooperativen Organisationen zu stärken, die Jugend zu sammeln, zu erwecken, zu begeistern und aufzuklären, zu Arbeit und Kampf für die große Idee des Sozialismus, und so sich selbst als Träger einer neuen, höheren Gesellschaftsordnung, der Sozialistokratie zu rufen und zu erziehen.

Wir schließen unseren Kongress mit einem: Nieder mit dem Kapitalismus und dem ihm unloslich verbundenen Militarismus! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

### Soziales und Parteileben.

#### Sächsischer Polizeikampf gegen die Arbeiterturner.

Seit der sächsischen Polizei durch das Reichsvereinsgesetz das Betätigungsfeld in der Mabelstichpolitik gegen die Arbeiterbewegung etwas eingeschränkt worden ist, macht sie Jagd auf die Arbeiter-Turnvereine, unter dem Vorwand, daß die deutschen Turner und ihren Gönnern, die mit wachsender Mißtraue den Mabelstichpolitik gegen die Arbeiter-Turnvereine sehen, Mabelstichpolitik folgt: die verpuffte Polizeiaktion in Meißner Stadt gegen den Turnklub Kirchberg, dann das heitere Verbot in Dölsnitz, wo der Damenabteilung des Arbeiter-Turnvereins die Mitwirkung am Festzug unterlag worden ist, weil die Turnerinnen am Tragen der Matrosenbluse einen roten Besatzstreifen tragen; endlich die gottvolle Strafverfügung in Rabenstein, weil vier Fortbildungsschüler den Übungen des Arbeiter-Turnvereins zugetreten haben. Mit diesen Kleinigkeiten, aber acht sächsischen Mabelstichen glaubt man offenbar die Arbeiter-Turnbewegung hemmen zu können, obwohl doch gerade die sächsische Polizei endlich gelernt haben müßte, daß sie mit solchen Maßregeln genau das Gegenteil erreicht. Mit ganz besonderer Schneid kämpfen in Regau die Behörden gegen den Allgemeinen städtischen Turnverein an, der das „Verbrechen“ begangen hat, als sehr alter bürgerlicher Turnverein mit ziemlich viel Moneten, einem wertvollen Turnplatz und schöner Gerätausstattung zum Arbeiter-Turnerbund überzugehen. Der Verein wurde zuerst mit Strafmandaten bedacht, dann wurde ihm die städtische Turnhalle gekündigt — und als auch das nichts fruchtete, entzog man ihm die Rechte der juristischen Person, was die Liquidation des Vereins zur Folge haben muß, wenn die Entscheidung rechtskräftig geworden ist. Die Durcpatrioten freuen sich schon darauf, weil nun nach ihrer Meinung „gebekt“ werden muß, worin sie sich aber täuschen werden, trotzdem das Landgericht Leipzig als Beschwerdestanz den Verein abgewiesen hat, und zwar mit einer Begründung, die ebenso interessant wie klassisch ist. Hier ist die Begründung: „Die Beschwerde ist unbegründet. Ob ein Verein öffentliche Angelegenheiten in den Kreis seiner Bestrebungen zieht, ist mittels freier Beweiswürdigung zu ermitteln. Die in dieser Richtung vom Amtsrichter angestellten Ermittlungen haben ihn mit Recht zu der Überzeugung geführt, daß der Beschwerdeführer solche Zwecke verfolgt. Denn es ergibt sich aus der Aussage Geyses und anderer, daß der Verein im Januar 1908 dem Arbeiter-Turnerbund beigetreten ist, also (speziell) arbeitnehmerische (!) Interessen mit fördern hilft; es geht aus Dostlebens Aussage hervor, daß der Vorstand für die Vereinsmitglieder etwa 40 Exemplare der ausgesprochen sozialdemokratisch gerichteten „Arbeiter-Turnzeitung“ abonniert; es ist unbestritten, daß das Turnliederbuch „Der freie Turner“ sich in Händen zahlreicher Mitglieder befindet und zur Grundlage der gemeinsamen Turngesellschaft dient. Das königliche Oberverwaltungsgericht hat nach pflichtgemäßer Prüfung dieses Liederbuch als sozialdemokratisch bezeichnet; das Beschwerdebuch hat ihm lediglich bezutreten. Man braucht nur einen flüchtigen Blick in das Buch zu werfen, um sich hiervon zu überzeugen. Gleich in Nr. 3 findet sich das Stürmlied, welches in Vers 5 die unzweideutigen Worte enthält: O stieg, du rote Fahne, voraus als Schlachtpanier! Nr. 82 überschreibt sich selbst: Sozialistenmarsch, in Nr. 88 ist gar die vielberufene Arbeitermarschialle zum Ausdruck gebracht. Wenn ein solches Liederbuch nicht sozialdemokratisch ist, welches wäre es dann? Nach alledem rechtfertigt sich der Schluß des Amtsrichters, daß der Verein die Pflege und Förderung sozialdemokratischer Gesinnung sich zum Zweck setze, ohne Bedenken. Daß die Sozialdemokratie — auch ihr sogenannter revisionistischer oder gewerkschaftlicher Flügel — sozialpolitische Zwecke, also öffentliche Zwecke, verfolgt, ist gerichtsbekannt. Die Bestimmung in §§ 72, 78 des sächsischen

Dennoch verließ das Blut seine Wangen, als er den Namen zum erstenmal nennen hörte, und nur der günstige Umstand, daß sich alle dem neuen Besuche zuwandten, verhinderte, daß es jemand bemerkte. Im nächsten Moment hatte er seine ganze Ruhe und Selbstbeherrschung schon wieder gewonnen.

Ein Teil der Gäste war übrigens jetzt aufgestanden, um sich der Gruppe anzuschließen, die sich um den neuen Besuch bildete. Man wußte, daß der Leutnant von Neu-Süd-Wales mit einem Teil seines schwarzen Korps herübergekommen war, einigen gefährlichen Haisgründelern nachzuspüren, die sich in den Adelside-Distrikt geflüchtet hatten, und hoffte Interessantes von ihm zu hören.

Diese Gelegenheit ließ denn auch von Piel nicht ungelegt verstreichen, sich wieder Susanna zu nähern. Susanna war ebenfalls aufgestanden und hatte in dem offenen stehenden Nebenzimmer ein Herr Kupferische aufgeschlagen, das auf dem Pianoforte lag. Von Piel trat zu ihr, und wie er sich unbelauscht wußte, flüsterte er rasch und dringend:

Susanna, ich habe mir alles, was uns zu tun übrig bleibt, hin und her überlegt. Es ist uns nur ein einziger Ausweg geblieben, Deinen Vater zu zwingen, uns seine Einwilligung zu geben. Willst Du mir darin behilfen, oder übermorgen die erlöste und für mich verlorene Braut — in wenigen Tagen vielleicht die Frau — die Magd Christian Bekkings sein?

Ich kann ihn nicht heiraten, hab' ich Dir schon gesagt, flüsterte Susanna; beschließe was Du willst, nur rette mich vor dem mir gräßlichen Gedanken.

Gut, mein süßes Herz, dann hau' auf mich — dann aber bleib was auch nichts zu tun übrig, als — wir müssen fliehen.

Fliehen? — die Eltern verlassen? rief Susanna erschrocken.

Nur auf wenige Tage, beruhigte sie rasch der Vater. Ginen Geistlichen, der uns traut, finden wir mit Leichtigkeit in Lanunda. Es sind dort Sekten genug, wenn es einer verweigern sollte, und als Mann und Frau zurückgekehrt, wird Dein Vater uns wohl für einige Tage zürnen, aber die Mutter uns auch beistehen. So hartherzig ist Dein Vater nicht — kann er nicht sein, daß er das einzige Kind verlassen würde, weil es eben seinem Herzen folgte. Stehst denn nicht selbst in der Bibel: Du sollst Vater und Mutter verlassen und dem Vater folgen?

Susanna erwiderte nichts — ihre Hand stützte sich auf das Buch, ihre Augen hafteten stumm und unbewußt an dem vor ihr aufgeschlagenen Bilde — aber sie sagte kein Wort.

„Morgen bring' ich Dich in Sicherheit,“ flüsterte von Piel mit dringender, zärtlicher Stimme — „keine Angst soll mein süßes Bräutchen mehr trüben, kein Schreckgespenst eines unbesorgenen, dummen Bauernknechts, der frech genug ist, die rauhe Hand nach der schönsten Blume unseres Landes auszustrecken.“

„Morgen schon?“ hauchte Susanna.  
„Wir dürfen nicht abwarten, bis die Verlobung wirklich stattgefunden hat,“ verteidigte von Piel seinen Wunsch.  
„Morgen abend um 8 Uhr, wenn es vollkommen dunkel ist, denn der Mond wird erst etwa um halb elf oder elf Uhr aufgehen, hält ein Wagen die Deine Wohnung an dem Paddock Deines Vaters, dich vor der auf die Straße führenden Gartentür. Ich selber komme dann vor das Haus, und mein Ku-! — wie es die hier herumstreichenden Schwarzen manchmal ausstoßen, ruft Dich zu mir heraus. Der Laut fällt am wenigsten auf, denn man hört ihn hier aller Orten, und ehe Dich nur jemand vermissen kann, tragen uns ein paar flüchtige Pferde der Freiheit und der Liebe entgegen.“

„Guter — guter Gott!“ flüchte Susanna.

„In Lanunda,“ fuhr von Piel fort, „lassen wir uns morgen trauen, und übermorgen früh sind wir hier zurück. Bedenke, Herz, daß nur wenige Tage, in Angst und Stummer verbracht, dann unser ganzes Leben sichern — uns für immer vereinigen sollen.“

„Wenn ich es nur meiner Mutter sagen dürfte!“

„Dann wären wir verloren,“ — fiel Piel ihr rasch und ängstlich ins Wort; — „sie fürchtet Deinen Vater viel zu sehr, als daß sie es wagen würde, seine Pläne so entschieden zu kreuzen. Nein; sie wird uns schon durch ihre Witten bei ihm unterstützen, wenn wir zurückkommen, aber uns nie in der Ausführung behilflich sein.“

„Aber wie kann ich fort?“

„Mantel und Hut magst Du Dir schon vorher irgendwo im Vorjaal oder an der Gartentür bereit legen. Kannst Du sonst noch etwas mitnehmen, was in Stande wäre, unsere Reise zu erleichtern,“ — setzte er vorsichtig hinzu, desto besser. „Man weiß nie, was einem unterwegs zustoßen kann.“

„Ich vergehe vor Angst, wenn ich daran denke,“ flüsterte Susanna.

„Nicht ein Glas Punsch gefällig, Herr von Piel?“ frug in diesem Augenblick Frau Doktorin Spiegel, die mit dem Präsentierteller zu den beiden jungen Leuten trat — aber wollen Sie sich denn nicht wieder mit an den Tisch setzen? Der Herr Leutnant erzählt gerade von seinem letzten Zuge. Kommen Sie, liebes Susannchen, ein Tröpfchen hieron kann Ihnen auch nichts schaden; der in dem blauen Glas ist Damenpunsch, und ganz schwach und süß.“

„Es wird spät und ich möchte nach Hause gehen,“ sagte Susanna, die aber das Glas nahm und davon nippte, um nur ihre Verlegenheit zu verbergen.

„Wenn mir Fräulein Pischke erlauben wollte,“ sagte von Piel, „so würde ich Ihnen mit Vergnügen meine Begleitung anbieten.“

„Sie sind sehr freundlich,“ sagte Susanna zögernd, „aber — ich bin mit Herrn Doktor Schreiber hierher gekommen.“

„Ach, Sie dürfen noch nicht fort, liebes Kind,“ unterbrach sie Frau Doktor Spiegel gutmütig. Sie müssen uns noch erst eins von Ihren allerliebsten Liedchen singen. Ich kann Ihnen garnicht sagen, wie gern ich Sie höre, und der Genuß wird uns doch hier so selten zuteil.“

„O, Herr von Piel, bitte, kommen Sie herin,“ rief ihn in diesem Augenblick auch Doktor Spiegel an. Leutnant Walfer will uns sein letztes Abenteuer mit den Haisgründelern erzählen, das ist so interessant. Dieser Schreiber, rücken Sie etwas näher heran, Sie dürfen kein Wort davon verlieren.“

„Mein lieber Doktor,“ lächelte, also gegrüßt, der Leutnant, „ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich garnicht so viel Zeit habe, Ihnen hier, so gern ich zur Unterhaltung der Gesellschaft beitragen möchte, eine lange Geschichte zu erzählen. Draußen vor der Tür halten sechs Mann von meinen Leuten, die auf mich warten, und die muß ich expedieren. — Ich war nur herein gekommen, Sie um ein paar Worte im Vertrauen zu bitten.“

„Von Herzen gern, bester Leutnant,“ rief der Doktor, indem er auf ihn zuging, seinen Arm nahm und ihn in das andere Zimmer führte, aber dann müssen Sie uns auch unsere Bitte erfüllen. Womit kann ich Ihnen also dienen? aber erst ein Glas Punsch. Hier, liebe Bertha, bitte, gib uns eins von Deinen Gläsern.“

„Ich danke Ihnen herzlich, Madame.“

(Fortsetzung folgt)

Gelehes vom 18. Juni 1888 lautet also unbedenklich Anwendung. Nach alledem war der Amtsrichter durchaus im Recht, wenn er dem Vereine, der sich seiner Aufforderung nicht erachtet, die vorgeschriebene ministerielle Genehmigung für seine politische Betätigung einzuholen weigerte, die Rechtsfähigkeit entzog. Die Beschwerde war deshalb zurückzuweisen. Soweit das Urteil. Von der Unkenntnis über das Wesen der Sozialdemokratie, die aus diesem landgerichtlichen Urteil spricht, wollen wir weiter kein Wort verlieren, denn wir sind ja nachgerade daran gewöhnt, daß die Justiz die Arbeiterbewegung nicht kennt, trotzdem sie sich hinreichend mit ihr beschäftigt. Was Wunder daher, wenn ein Gericht, das vom „gewerkschaftlichen Flügel der Sozialdemokratie“ spricht, auch zu der Auffassung kommt, die Arbeiter-Lernvereine seien sozialdemokratisch, weil das Oberverwaltungsgericht das Arbeiter-Lernliederbuch als sozialdemokratisch bezeichnet hat. Wenn die Vereinsmitglieder bei Anwesenheit oder sonst in frühlichem Kreise, wo die Fidelitas gepflegt wird, sozialdemokratische Lieder singen, so hat das mit dem Verein und seinen Zielen gänzlich zu tun. Die Arbeiter-Lernvereine pflegen bei ihren Vereinszusammenkünften nichts weiter als die Turnerei, und sie können umbedingt dafür verantwortlich gemacht werden, was die Vereinsmitglieder außerhalb der Vereinstätigkeit tun und lassen. Wir haben noch nie gehört, daß gegen einen bürgerlichen Verein deshalb vorgegangen worden ist, weil die Mitglieder außerhalb des Vereins politisch sich betätigen. Aber freilich: die Mitglieder bürgerlicher Vereine betätigen sich nicht sozialdemokratisch — und da liegt der Hase im Pfeffer. Ein Ausnahmegelehes gegen die Sozialdemokratie besteht nicht; jedoch politische und juristische Interpretationskunst versucht diesem „Mangel“ nach Möglichkeit abzuhelfen. Das hat allerdings für die Arbeiterbewegung manche Schererei zur Folge, aber ihre Entwicklung wird dadurch nicht unterbunden. Sachse ist dafür ein vollgültiger Beweis.

**Starke Arbeitsmangel** herrscht in der Metallschlägerbranche. Die Unternehmer dieses Gewerbes in Schwabach (Mittelfranken), dem Hauptort dieser Industrie, sehen sich gezwungen, ab 12. Oktober ihre Betriebe bis auf weiteres vollständig still zu legen. Die Silberschlagmeister haben nach vierwöchentlicher Pause den Betrieb wieder aufgenommen, aber auch nur vorübergehend.

**Warmes Frühlitz.** Auf Antrag der sozialdemokratischen Gemeinderäte in Oberstein a. d. Nahe beschloß die Gemeindevertretung, probeweise den Volksschulkindern warmes Frühlitz zu verabreichen.

**Ein interessantes Urteil für Bäcker** fällt das Landgericht in Bamberg. Ein dortiger Bäckermeister hatte zwar vorchriftsmäßig in der Nacht vom ersten auf zweiten Osterfesttag seine Gehilfen nicht beschäftigt, dafür aber einen Tagelöhner eingestellt, der als gelernter Bäcker an den Sonntagen aushilfsweise in seinem früheren Berufe arbeitete. Angeklagt wegen Übertretung der Bäckerei-Arbeiter-Schutzvorschriften wurde der Meister vom Schöffengericht mit der Begründung freigesprochen, daß es sich hier nicht um ein festes Arbeitsverhältnis, sondern um eine Aushilfe handelte. Das Landgericht — als Berufungsinstanz — verurteilte aber den Meister und führte in der Urteilsbegründung aus: Es sei ganz gleichgültig, ob der Betreffende sonst als Tagelöhner arbeite, an dem Osterfesttag habe er als Bäcker in der Bäckerei gearbeitet und nach dem Gesetz dürfen an jenem Tage in Bäckereien Gehilfen und Lehrlinge nicht beschäftigt werden. Der Meister sei deshalb strafbar.

**Die Parteischule** hat am Donnerstag den dritten Kurus, der vom 1. Oktober 1908 bis zum 31. März 1909 dauert, eröffnet. Nach einigen begrüßenden Worten, die der Obmann des Lehrerkollegiums, Genosse Heinrich Schulz, an die Schüler richtete, wurde sofort mit der Lehr- und Lernstätigkeit begonnen. Der Lehrkörper der Schule und die Unterrichtsfächer sind in der Hauptsache die gleichen wie im vorigen Kurus. Den nationalökonomischen Lehrstoff behandelt Genossin Rosa Luxemburg in 280 Stunden; die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung hat wiederum Genosse Heinrich Cunow (mit 112 Stunden) übernommen; über die deutsche Geschichte seit dem Mittelalter trägt Gen. Franz Wehring in 98 Stunden vor; in den juristischen Lehrstoff teilen sich die Genossen A. Stadthagen (Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gemeindeordnung und Verfassung mit 84 Stunden), Hugo Heinemann (Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug mit 40 Stunden) und Kurt Rosenfeld (bürgerliches Recht mit 40 Stunden), über Naturerkenntnis trägt in 40 Stunden Genosse Emanuel Wurm vor, der auch das Wesentliche aus der Kommunalpolitik (zehn Stunden) behandeln wird; in den praktischen Vorfächern des mündlichen und schriftlichen Gedankenausdrucks und der Zeitungstechnik unterrichtet in 144 Stunden Genosse Heinrich Schulz. Die Schülerzahl ist bei diesem Kurus auf 28 bemessen worden, von den Schülern sind zwei von den Gewerkschaften (Bergarbeitern und Maurern) auf die Parteischule entsandt worden.

## Ein gewalttätiger Schiffskapitän vor dem Hamburger Schwurgericht.

Der 1854 in Berlin geborene Schiffskapitän Paul Gottlieb Schöber hat Dinge begangen, die an Zeiten erinnern, wo Schiffstirannen mit unbeschränkter Machtbefugnis ihr Mißgehen an Untergebenen fühlten. Viel schlimmer kann es auch nicht auf den Schiffsdecks ausgedrückt werden, als auf der von Schöber in den Jahren 1902/1903 besetzten Hamburger Bark „Ally“, mit der er damals Reisen nach Afrika, Australien und nach der Westküste von Südamerika machte. Seine Mannschaft hatte er zum größten Teil in London angeworben. Bald bekamen die Seeleute die harte Faust des robusten Schiffsherrn zu spüren. Einem achtzehnjährigen Leichtmatrosen, den er zum Aufwärter degradierte, versetzte er so kräftige Ohrfeigen, daß der junge Mensch davonlief, einen Matrosen geriet er mit Gewalt aus der Koje, einen anderen Matrosen bearbeitete er in der Kabine mit Füßen, einen vierten Matrosen schlug er derartig mit einem Stock aus Rhinogeroshaut, daß ihm die eine Körperseite anschwellte, einem fünften warfer von hinten ein heißes Plättchen in den Rücken usw. Kaum glaublich klingen die Streiche, die Schöber an der hilenischen Küste begangen hat. Im Hafen von Junin bei Fouquier löschte die „Ally“ im Jahre 1903 Kohlen. Außer 15 Mann von der Besatzung waren beim Löschen auch sechs hilenische Schauerleute tätig. Der Kapitän verlangte von den Leuten, sie sollten pro Tag 75 Lons lösen. Doch brachten sie es am ersten Tage, weil die Löscheinrichtung mangelhaft war, nur auf 45, am zweiten Tage auf 53 Lons. Um die Mannschaft gefügig zu machen, wandte er furchtbare Mittel an: er ließ einfach acht Matrosen von Polizisten an Land bringen und ins Gefängnis werfen, wo sie bis zu sieben Tagen mit gefesselten Verbrechern

aufhalten mußten. Wiederholt ging der Kapitän ins Gefängnis und fragte die Leute, ob sie nun mehr arbeiten wollten. Sie antworteten, sie hätten unter Aufsicht aller Kräfte gearbeitet. Der Schiffs- und Landgewaltige erklärte dann: „Wir sprechen uns später!“ Eines Tages trat er wieder den Gang in sein Gefängnis an, wo er einen Matrosen backpfeifte. Als ein Matrose im Gefängnis erkrankte, holte der Kapitän ihn ohne weiteres an Bord. Nachdem die Matrosen schon mehrere Tage im Gefängnis gefessen hatte, erschien in Begleitung eines Lotsen der Vertreter der Salpeterkompanie. Er erklärte, die Matrosen dürften auch nach hilenischem „Recht“ ohne weiteres nicht länger als 24 Stunden in Haft behalten werden. Der Kapitän ließ die Leute ruhig weiter sitzen. Erst auf Intervention des Sohnes des deutschen Konsuls in Wisagua, dem die gewaltsam ihrer Freiheit Beraubten durch einen entlassenen französischen Mitgefangenen eine Beschwerde hatten überreichen lassen, wurden sie befreit.

Die Anklage gegen Kapitän Schöber lautet auf Verbrechen gegen die Seemannsordnung, Überschreitung der Disziplinargewalt und Freiheitsberaubung, die länger als eine Woche gedauert hat. Die Angelegenheit hat schon ein einmal das Land- und Schwurgericht beschäftigt. Der Vorsitzende der Strafkammer sagte damals (es war im April 1907) zu Sch.: „Das sind ja tolle Sachen. Sie sind ein gewalttätiger Mensch und sollen auch dem Trunke ergeben sein. Sie haben die Leute fürchterlich mißhandelt. Was meinen Sie wohl, was Ihnen passieren würde, wenn Sie ins Hamburger Untersuchungsgefängnis kämen und einen Gefangenen mißhandelten?“ Der Angeklagte erwiderte gemächlich, hilenische Gefängnisse dürfe man nicht mit deutschen vergleichen; die Matrosen wollten nicht gehorchen, deshalb hätte er sie mißhandelt. Die Leute hätten einfach seinen Befehlen nachzukommen. Da er vor der Strafkammer zugab, die Leute hätten bis elf Tage im Gefängnis zugebracht, erklärte das Gericht sich für unzuständig. In der kurz danach stattgehabten Schwurgerichtssitzung behauptete Schöber, der Konsul sei schon am dritten Tage in Junin gewesen und habe gesagt: „Wenn die Leute nicht so viel arbeiten wie Leute anderer Schiffe, so lassen Sie sie sitzen.“ Der Vorkommandant Cordoro in Junin hat dagegen bei seiner Vernehmung angegeben, der Angeklagte habe sich mit dem Ersuchen an ihn gewandt, einige seiner Leute, welche die Arbeit verweigerten, in Haft zu nehmen. Diesem Verlangen habe er aus Höflichkeit stattgegeben. Die Inhaftierung der Matrosen sei aber auf eigene Verantwortung des Kapitans erfolgt. Das Schwurgericht beschloß darauf die Aussetzung der Verhandlung, um den deutschen Konsul in Chile über die Behauptung des Angeklagten kommissarisch vernehmen zu lassen.

Freitag gelangten die brutalen Handlungen des Schöber abermals vor dem Schwurgericht zur Erörterung.

Der Angeklagte, der seit 1868 zur See fährt und seit 1890 Schiffskapitän ist, behauptet, seine aus achtzehn Personen bestehende Besatzung habe aus schlechten Leuten bestanden, die sich verabredet hätten, ihn hineinzureißen. Um die widerspenstigen Leute zur Raision zu bringen, habe er von den ihm zu Gebote stehenden Disziplinarmitteln in Gebrauch gemacht. Die Behauptung seiner Mannschaft, er sei, wenn das Schiff im Hafen lag, stets betrunken gewesen, bezeichnet er als unwahr. Er will nicht mit einem Stock aus Rhinogeroshaut, sondern mit einem gewöhnlichen Rohrstock die „väterlichen Richtigungen“ verabsolgt haben. Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt er zu, einen Spazierstock aus Rhinogeroshaut besessen zu haben. Der Vorsitzende: Wegen der schlechten Behandlung sind viele Ihrer Leute im Auslande desertiert. Angeklagter: Das kommt überall vor. Wenn ich geächtigt habe, dann hatten die Leute es verdient. Mit einem heißen Eisen habe ich nach dem Leichtmatrosen nicht geworfen. Der Angeklagte behauptet fühl, er habe nur die ihm auf Grund der damals geltenden alten Seemannsordnung zustehenden Disziplinarmittel angewandt. Der Vorsitzende verliest die diesbezüglichen Bestimmungen der Seemannsordnung von 1872, wonach körperliche Züchtigungen, Kostentziehung und Einsperren als Disziplinarmittel nicht in Frage kommen. Nur bei Widerstand und Angriffen durfte ein Schiffsmann in Eisen gelegt werden. Einen in Newcastle angemusterten Mann, den die Mannschaft für irrsinnig gehalten haben soll, ließ er unter der Back (Spitze des Schiffs) „logieren“, wo sich ein Schweinebode mit zwei Vorkentieren befand. Das Einsperren der Leute in Junin hätten die dortigen Hafenbeamten gutgeheißen, weil die Mannschaft nicht genügend arbeitete. Er habe die Leute täglich im Gefängnis besucht und sie gefragt, ob sie besser arbeiten wollten. Er gibt zu, einen „feiner“ Gefangenen in der Gefängniszelle geschlagen zu haben, weil der Mann erklärte, er, der Angeklagte, habe im Gefängnis nichts zu sagen. Vorsitzender: Sie hatten dort doch auch nichts zu sagen. Der Angeklagte behauptet, das Gefängnis sei nur eine Bretterbude, in deren einem Zimmer ein Polizist saß. Der Konsul habe gesagt, die Leute säßen dort wie in einem Hotel. (Weiterkeit.) Es entwickelt sich dann ein amüßantes Gespräch zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten, der meinte, er hätte die Leute im Gefängnis geschlagen, weil er es nicht hätte ansehen können, daß sie sich dort amüßten, weil sie doch der Strafe wegen eingesperrt waren. (Weiterkeit.) Vorsitzender: Was würden Sie dazu sagen, wenn jetzt jemand aus dem Publikum Ihnen vor meinen Augen ein paar Ohrfeigen geben würde? Das ist ungefähr dasselbe. Angeklagter: Dann würde ich dem Betreffenden ein paar Ohrfeigen wiedergeben. (Weiterkeit.) Wie die Matrosen aussagen, hat der Angeklagte in schlimmer, oben wiedergegebener Weise gewütet.

Trotzdem verneinen die Geschworenen sämtliche Schuldfragen, worauf Freisprechung des Angeklagten erfolgte. Eine solche Freisprechung wäre unmöglich gewesen, wenn die Geschworenen allen Kreisen der Bevölkerung entnommen und nicht aus den Kreisen der herrschenden Klasse ausgewählt würden.

Das Bild dieser Justiz spricht so eindringlich, daß jede überflüssige Bemerkung den Eindruck nur abschwächen würde!

## Aus dem Gerichtssaal.

**Milde Strafe für eine nationale Ordnungstüfte.** Das Schwurgericht in Darmstadt verurteilte am 2. Oktober den langjährigen Stadtrechner von Offenbach a. M., Wilhelm Grebe, wegen Unterschlagungen in Höhe von 80 000 Mk. zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis. Erschwerend wurde, entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, nicht ausgesprochen. Auf die erkannte Strafe wurden 7 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Die Unterschlagungen Grebes datieren seit 1888!

## Genossenschaftsbewegung.

**Der falsche Standpunkt des Kleinhandels.** Kürzlich sprach in Straßburg der Direktor der Zentralfelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen, Dr. Bosberg-Wetow, über Zweck und Ziele des Detailhandels, wobei er den Standpunkt als falsch bekämpfte, daß durch die Entwicklung der Konsumvereine und Warenhäuser der Detailhandel der Vernichtung anheimfalle. Die betreffenden Ausführungen lauteten:

„Es ist ein falscher Standpunkt, zu behaupten, daß durch die immer größere Heranziehung des Konsumenten an den Produzenten der Zwischenhandel und der Detailhandel der Vernichtung anheimfalle. Ein gesunder Detailhandel wird sich immer behaupten können, und man möge sich durch solche Äußerungen ja nicht in eine pessimistische Stimmung hineintreiben lassen. Es sei nicht wahr, daß es dem Detailhandel schlecht gehe, derselbe befindet sich nur in einem Übergangsstadium, hervorgerufen durch die Entwicklung der Industrie. In den Detailisten werden heute ganz andere Anforderungen gestellt, das Angebot ist ein größeres geworden, weshalb eine gewisse Flexibilität und Gewandtheit dazugehört, sich in allem zurechtzufinden. Einen großen Teil der Schuld schreibe man mit Unrecht den Warenhäusern zu, fordere eine enorme Besteuerung derselben, um dieselben in ihrem Wachstum zu bekämpfen. Das Eindringen des Großkapitals in den Detailhandel ist in gewisser Beziehung als schädlich zu bezeichnen, weil dasselbe mit viel geringerem Nutzen arbeiten kann. Aber in richtigem Lichte betrachtet, können die großkapitalistischen Betriebe, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht viel schaden. Die Detailgeschäfte müssen sich mehr dem Geschmack des Publikums anpassen, die allzu reiche Ausschmückung der Schaufenster durch Ausstellungen möglichst vieler Waren vermeiden, sondern mehr durch Einfachheit und Vornehmheit suchen, das Publikum anzulocken. Tatsache sei, daß in dieser Beziehung sehr viel gesündigt wird.“

Von den Detailisten werden solche zur Vernunft mahnenden Stimmen leider zu wenig beachtet. Das Gros der Kleinhandlärer lauscht lieber den falschen Propheten, die ihnen von der Vernichtung durch Konsumvereine und Warenhäuser und von Staatshilfe gegen diese bösen Konkurrenten erzählen und die dadurch eben die heute mehr denn früher erforderliche eigene Initiative der Detailisten lähmen.

## Allerlei Wissenswertes.

**Neue Zugsicherungsapparate.** Mit Rücksicht auf die furchtbare Katastrophe der Berliner Hochbahn dürften die nachstehend beschriebenen Versuche besonderes Interesse erwecken. Auf den preußischen Eisenbahnen werden nämlich nach einem Bericht in der „Z. d. B. D. G.“ zurzeit neue Zugsicherungsapparate geprüft, die eine größere Sicherheit im Eisenbahnverkehr schaffen sollen. Zu diesen Apparaten gehören z. B. Guppen oder Sirenen, die immer zu zweit installiert werden sollen. Diese Guppen haben den Zweck, durch ihren Ton das Lokomotivpersonal darauf aufmerksam zu machen, wenn ein Fahrtsignal, in dessen Nähe sie angebracht sind, nicht gezogen ist, d. h. wenn die Strecke nicht frei ist. Die eine dieser Guppen wird zu diesem Zweck 100 Meter vor dem sogenannten Vorkignal, die zweite zwanzig Meter vor diesem aufgestellt. Die Guppen werden von einer Batterie, die im Stellwerk untergebracht ist, betätigt. Im Stromkreis dieser Batterie sind zwei Kontakte eingeschaltet, von denen der eine gewöhnlich offen ist und nur beim Durchfahren eines Zuges geschlossen wird. Der zweite Kontakt steht zwangsläufig mit dem Signalzug in Verbindung und ist nur dann geschlossen, wenn das Signal auf Halt steht. In diesem Falle ertönen dann beim Vorüberfahren eines Zuges beide Guppen und machen den Lokomotivführer aufmerksam, daß die Strecke gesperrt ist. Ein zweiter Apparat, der elektrische Signalmelder, bezweckt, dem Lokomotivführer auf der Maschine automatisch anzuzeigen, ob der Zug sich einem Signal nähert, ohne Rücksicht auf die Stellung des Signals selbst. Der Apparat, der auf der Lokomotive untergebracht wird, besteht aus einem Relais mit einer Signalscheibe, die in normalem Zustande die weiße Farbe zeigt. Das Relais ist in einem elektrischen Stromkreis eingeschaltet, der durch eine neben den Gleisen befindliche Kontaktschiene geschlossen wird, wenn der Zug sich einem Signal nähert. Es erscheint dann bei gleichzeitigem Erörtern einer Glocke auf der Signalscheibe die rote Farbe. Ein elektrischer Zählmeßer zeigt wieder dem Stationsbeamten sofort durch eine Glocke an, wenn ein Zug ein auf „Halt“ gestelltes Signal ohne Beachtung durchfährt und registriert gleichzeitig, wie oft das Signal übergangen wurde. Ein idealer Zugsicherungsapparat soll nach dem System von Braam unabhängig vom Lokomotivpersonal auf mechanischem Wege den Zug durch Betätigung der Bremsen von außen zum Stehen bringen, wenn ein Signal, das die Strecke sperrt, ohne Beachtung durchfahren wird. Ähnliche Vorrichtungen sind auch auf Neuportor und Bostoner Hoch- und Untergrundbahnen im Gebrauch und es ist unzweifelhaft, daß die Katastrophe in Berlin durch eine solche Einrichtung, wenn nicht verhindert, so doch stark gemindert worden wäre. Der Nachteil aller solcher automatisch wirkenden Sicherheitsvorrichtungen ist aber der, daß das Betriebspersonal unter Umständen sich zu sehr auf diese Einrichtungen, die ja doch einmal versagen können, verläßt und daß dann erst recht Anlaß zu Katastrophen gegeben wird.

## Aus Nah und Fern.

**Das neue Kaufhaus.** Am Montag wurde in Berlin ein neues Geschäftshaus eröffnet, das in seiner Art bis jetzt in Deutschland einzig dasteht. Es ist dem Wunsche entsprungen, dem Detailgeschäftszustand neue Wege zu bahnen und sie gegen die größere Macht der wirtschaftsgewaltigen Warenhäuser zu stärken. In der Friedrichstadt, in nächster Nähe des Oranienburger Lozes erhebt sich der neu errichtete Passage-Kaufhaus benannte Kolossalbau, an derselben Stelle, an der ehemals die Lonhalle stand, in der sich ein Stütz Arbeiterbewegung Berlins abgepielt hat. Weit hin leuchtet die gewaltige, grünlich-schimmernde Kuppel und verkündet den Triumph der menschlichen Schaffenskraft. Läßt man sich mit dem Strom von Schreuten, der die breite Halle durchflutet, mitreißen, so hat man Mühe, mit flüchtigem Blick auch nur die hervorragendsten Züge dieses Monumentalbildes zu erfassen. Und steht man erst in der Mitte des umfangreichen Zentralhofes und blickt dann hinauf zu der pompösen Kuppel aus Glas und Eisenrippen in ihren erdrückenden Dimensionen, so kommt man sich klein, unendlich klein und winzig vor. Aber die verbindende Doppelbrücke drängen sich zwei Ketten staunender Menschen, die wiederum verwundert auf den unten vorbeizirkelnden Strudel herabblitzen. Die Organisation des Geschäftsbetriebes im Warenverkauf baut sich auf einem ganz neuen System auf. In dem Warenhaus haben sich etwa 80 selbständige Firmen eingemietet, die vollkommen unabhängig von einander ihre Waren ein-

**Neues Stadt-Theater.** „Die Rabensteinerin“, Schauspiel in 4 Akten von G. v. Wilbenbruch. Es ist noch niemals Wilbenbruchs Sache gewesen, Menschenschäufale auf die Bühne zu bringen oder auch nur Menschen von Fleisch und Blut zu formen. In seinen Ritter- und Kammerspielen stampfen sorgfältig konstruierte gerüstete Puppen herum, und nicht anders — nur die Kleidung ist gewechselt — ist es in seinem im Bürgerturn spielenden Stück „Die Haubenlerche“. Wilbenbruch ist eben kein wirklicher Dichter, sondern nur ein geschickter Theaterschriftsteller mit einem sicheren Blick für das Bühnenwirksame. Das bestatigt auch die „Rabensteinerin“. Die ganze Wacke dieses Schauspiels aus der Raubritterzeit ist so geschickt, wie man es von seinem Verfasser wohl erwarten konnte. Die einzelnen Gestalten sind jedoch trotz der großen Worte, die sie sprechen, blutleer. Die Fabel ist in kurzen Worten die folgende: Der Ritter von Rabenstein überfällt von seinem Raubneft aus den vorüberziehenden jungen Kaufmann Bartolome Welfer, verwundet ihn schwer und wird selbst bei diesem Strauß tödlich verletzt. Auf Verlangen Verfäbes, des Raubritters schöner Tochter, wird der Welfer auf die Burg gebracht, wo sie seine Wunde verbindet und ihn vor dem tödlichen Streich eines der Trostnechte ihres Vaters rettet. Als ihm das Verwundensein für einen Augenblick wiederkehrt, sieht Welfer Verjabe an seinem Schmerzenslager und bittet sie — in dem Wahn, es sei seine Braut — ihn zu küffen. Mit dem Kuß zieht auch die Liebe in sein Herz ein. Bald darauf holen Nürnberger Kaufleute den jungen Mann ab und bringen ihn zu seinen Eltern, bei denen er Genesung findet. Um für das Seelenheil des toten Waters zu beten, gedenkt Verjabe auf Zureden ihrer Tante in Augsburg in ein Kloster einzutreten. Sie gibt der Oberin als Entgelt ein wertvolles Kleinod, das der Rabensteiner dem jungen Welfer geraubt hat. Als Verjabe die Kunde erhält, daß der von ihr totgeglaubte Welfer lebt, verzichtet sie auf das Kloster; denn nur daß der Vater diesen gemordet, bewog sie, den Schiefer zu nehmen. Als Verjabe dem Welfer nunmehr das geraubte Kleinod zurückgibt, wird sie von dessen hochmütigen Braut Ursula verspottet. Gleichzeitig erfährt sie, daß der junge Welfer dazu bestimmt ist, ihr Heim, den Waldstein, zu zerstören. Mit ihren treuen Knechten verteidigt sie die Burg ihrer Väter. Als sie dann hört, wie Ursula über sie höhnt, durchbohrt sie durch einen Schuß mit der Armbrust deren mittelloses Herz. Dann wird Verjabe gefangen und zum Tode durch das Schwert verurteilt. Welfer, der sie geliebt hat von dem Augenblicke, wo er sie zuerst gesehen, befreit sie von der Strafe dadurch, daß er sie zur Frau beehrt. Im fernem Weltteil werden die Liebenden ihr Glück finden. — So der wesentlichste Inhalt des Stückes. Die Wiedergabe desselben war vorzüglich. Im Mittelpunkt des Interesses stand Fräulein Ntches als Verjabe. Sie verstand es, die im Grün des Waldes aufgewachsene Tochter des Raubritters so glaubwürdig wie möglich darzustellen. Wärmes Empfinden paarte sich bei ihr mit treffendem Ausdrucksvermögen. Für den jungen Welfer brachte Herr Stahlsackhau eine sympathische Erscheinung und temperamentsvolles Spiel mit. Eine prächtige mohlbedachtete Leistung war der Ninnenmacher des Herrn Albert. Den rauhen Rabensteiner verkörperte Herr Polstein in wirkungsvoller Weise. Von den übrigen Mitwirkenden seien lobend erwähnt die Damen Kiemer (Ursula), Brandes (Frau Welfer), sowie die Herren Laffen (Welfer senior) und Hhnt (desen Bruder). Das Schauspielpersonal hat demnach die Feuerprobe gut bestanden; es dürfte sich auch in größeren, feierlichen Aufgaben bewähren. P. L.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Getreidepreise.** Lübeck, 3. Oktober.  
Weizen, 115—123 Pfd. holl. 170—195 Mk. Roggen 115—123 Pfd. holl. 150—170 Mk. Gerste, nach Qualität 160—175 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 150—168 Mk. alter 175—180 Mk. per 1000 Kilo.

**Lübecker Marktpreise vom 3. Oktober.**  
Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,40 Mk., Salen — Mk., Enten 3—3,50 Mk., Hüner 1,60—2,20 Mk., Rügen Stk. 1,20—1,40 Mk., Lauben Stk. 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. 75—78 Pfd., Flißgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinesopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,30 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pfg., Heringe 3 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genügt, Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 60-70 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Al Pfd. 80—1,00 Pfg., Karaulschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumentohl, d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Nessel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Blaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kürbisen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Mand Pfd. — Pfg.

**Sternschanz-Viehmarkt** 3. Oktober.  
Der Schweinehandel verlief ruhiger. Zugeführt wurden 2600 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Besandschweine schwere 65—66 Mk., leichte 65—66 Mk., Sauen 57—61 Mk., Ferkel 60—64 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Gmündlich in Lübeck.

**Prima Hofbutter,** frisch wie Meiereibutter, Pfund 1,25 Mk.,  
**Prima französische und Magnum bonum-Kartoffeln** empfiehlt sehr billig  
Wilhelm Sätze, Warendorft. 25.  
**Spanische u. Ungarweine,** insbesondere Medizinische Weine, direkt bezogen von The Royal Bodega, vorzügliche Qualität, empfiehlt zu billigen Preisen  
**Johann Elvers**  
Schintup,  
Kreditorei und Bäckerei.

und verkaufen. Nur der Vorteil der Gesamteinrichtung, der einheitlichen Warenexpedition und anderer Erleichterungen und Ersparnisse kommen dem einzelnen zugute. Eine Geschäftsverwaltung regelt das ganze. Eine neuzeitliche Einrichtung im Warenhaus bilden auch das Rohrpostsystem, die Belichtung sowie die Gleitanlage, durch die die gekauften Waren bis zum Ausgang gelangen. Das Gesamtbild in dem Innern trägt den sehr typischen Charakter der modernen Großkaufhäuser. Der Uebersichtlichkeit würde schwerlich durch die bloße Befestigung des aus so vielen Spezialfirmen zusammengesetzten Geschäftsbetriebes ersgründen. Ob bei diesem neuen System das kaufende Publikum besser fährt, läßt sich jetzt noch nicht vorherbestimmen, da das ganze Unternehmen noch im Zeichen des Versuches steht. Bei der Besprechung dieses Prachtbaues haben die bürgerlichen Blätter wahre Symmen über die genialen Grünsender und Erbauer geschüttelt, wie dies bei all diesen Fällen zu beobachten ist. Man kann dabei sehr wohl auf den Umstand hinweisen, daß in allen Kulturwerken auch die Geschicklichkeit, die Intelligenz und die Kraft all der vielen Arbeiter, Techniker, Ingenieure zum Ausdruck gelangt, die ungenannt und ungekannt ihr Bestes und Schönes der gesellschaftlichen Wohlfahrt und Kultur zur Verfügung stellen — für einen Bettelohn.

**Vom preussischen Lehrertend.** Folgendes, sehr beachtenswerte Vorkommnis teilt die „Berliner Volkszeitung“ mit: „Die Oberpostdirektion hatte dem Lehrer in Kramste zugesagt, er solle die von ihm Jahrgänge hindurch verwaltete Postagentur auch nach dem Ausscheiden aus dem Lehramte weiterbetreiben, falls die Regierung nichts dagegen hätte. Auf dieses Versprechen sich verlassend, baute der Lehrer ein Haus im Werte von 7000 Mark. Doch als es unter Dach war, traf die Postpost ein, die Regierung wolle gegen die Ablösung der Agentur von der Lehrerstelle. Die Agentur sei notwendig zur Aufbesserung der Lehrerstelle. Auf Anraten der Postverwaltung will der enttäuschte Lehrer beim Kultusminister vorstellig werden.“ — Daß der Mann Erfolg haben wird, ist nicht anzunehmen. Aber es ist doch geradezu ein Skandal, daß preussische Lehrer darauf angewiesen sind, um leben zu können, neben ihrem Amt auch der Post noch Dienste zu leisten. Dann wundert man sich über die jämmerlichen Resultate, die in den ostfriesischen Schulen erzielt werden.

**Wieder ein Schülerelbstmord.** Die „Ostdeutsche Presse“ meldet aus Bromberg: Sonnabend nachmittags hat sich der Quartaner Kemmy, Schüler des hiesigen Gymnasiums, Sohn des Försters Kemmy aus Falkenburg bei Bromberg, im Rinkauer Walde, angeblich wegen schlechter Zensur erhängt.

**Zum Berliner Hochbahnunglück** wird mitgeteilt: Sechs Opfer der Katastrophe wurden am 1. Oktober beerdigt. Der Zugführer des abgefuhrten Wagens, Klamm, ist an den Folgen seiner Verletzungen gestorben.

**Bluttaten in Berlin.** In der Nacht zum Sonntag hat der Zigarrenarbeiter Fanner in der Ghodowickstraße seine dritte Frau, angeblich nach vorausgegangenem Streit, weil er Grund zur Eifersucht gehabt habe, durch zwei Stiche mit einem Genicksfänger getötet. Man glaubt aber, daß er die Tat mit Überlegung ausgeführt hat, weil seine Frau ihm formwährend Vornahme wegen seiner Arbeitslosigkeit machte. Eine zweite Bluttat ereignete sich im Tiergarten. Der Buchdrucker Böhle hatte seine 18jährige Braut Johanna Krüde, die das Verhältnis gelöst hatte, zu einer Automobilsfahrt veranlaßt und tötete sie während der Fahrt durch mehrere Schüsse. Er feuerte dann auf sich selbst und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe.

**Bei den Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle** in Bad Sassenorf wurden, dem „Soester Kreisblatt“ zufolge, Freitag abend infolge Reihens eines Drahtseiles vier Personen schwer verletzt.

**Anarchistenhete.** Die mit der Polizei in enger Fühlung stehende „Post“, „Nationalzeitung“ usw. teilt auftragsgemäß mit, daß in etwa 15 deutschen Städten anarchische Klubs bestehen, die eine große antimilitaristische Agitation planen. Einweisungen hat die Polizei in Berlin der Verwaltung des „Revolutionär“ die Geschäftsbücher weggenommen. Die Spiegel sind demnach recht eifrig bei der Arbeit.

**Risiko der Arbeit.** Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Gräß meldet, sind in der Zuckerfabrik Opaleniza ein Schmied und ein 14jähriger Arbeiter infolge Einatmens von Kohlenäure ernstlich aufgefunden. Die Leichen wurden polizeilich beizulagern.

**Manöverbericht.** Auf dem sabbatarischen Truppenübungsplatz, Lager Lechfeld, haben in den letzten beiden Wochen Übungen eines aus Reservejägern und Landwehrleuten zusammengesetzten kriegsstarren Reserveinfanterieregiments stattgefunden. Die „Münchener Post“ veröffentlichte nun eine Zuschrift von einem dieser Landwehrmänner, in der über außerordentlich strengen Dienst und schlechte Behandlung geklagt wurde. Es heißt unter anderem: Die Mannschafft habe am Tage des Einrückens beim Bezirkskommando München von früh 5 Uhr bis mittags 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr stehen müssen, sei dann zum Bahnhof geführt worden und gegen 5 Uhr im Lager Lechfeld eingetroffen, wo die Leute wieder bis 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends stehen mußten, und erst um 8 Uhr Mittag erhielten. Die Mannschafft habe also von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends nichts gegessen. Leuten, die sich im Münchener Bahnhof Bier kauften, habe der transportführende Offizier dieses Bier einfach ausgeschüttet. Weitere Klagen beziehen sich auf den angeblich übermäßig anstrengenden Dienst im Lager Lechfeld, der nicht nur zahlreiche Erkrankungen, sondern auch bereits drei Todesfälle, darunter den eines Unteroffiziers, zur Folge gehabt habe. In den Kaminen werde die Mannschafft durch übertriebene Speisenpreise ausgebeutet. Das Kommando des Reserve-Infanterieregiments und das Kriegsministerium haben sich bisher noch nicht geäußert. Allerdings ist in der manchmal zu offiziellen Auslassungen benutzten „Augsburger Abendzeitung“ eine Erwiderung erschienen, welche die übermäßige dienstliche Anstrengung der Mannschafft und auch das lange Stehen am Einrückungstage rundweg ableugnet. Es möge allerdings „subjektiv richtig sein“, daß der Dienst eines Landwehrmannes viel anstrengender sei als der bei der aktiven Mannschafft, aber die übergroße Mehrzahl vertrage ihren Dienst gern und freudig, und das Regiment sei in musterhafter Verfassung. Es sei nur ein Landwehrmann gestorben, der nach dem Sectionsergebnis an vorgezeichneten Herzgefühverfallung gelitten habe. Der Unteroffizier sei nicht gestorben; er habe einen epileptischen Anfall bekommen und sei daraufhin entlassen worden. Zu dem Todesfall bemerkt das Augsburgische Blatt, der Mann mit dem vorgezeichneten Herzgefühverfallung habe von seinem Zustande einsehend nicht die geringste Abmahnung gehabt, denn er habe weder bei der ärztlichen Untersuchung in München, noch bei jener im Lager Lechfeld bezügliche Angaben gemacht. Da ist denn doch die Frage gerechtfertigt: Wie mag die (noch dazu zweimalige) ärztliche Untersuchung beschaffen gewesen sein, wenn eine vorgezeichnete Herzgefühverfallung dabei nicht entdeckt wird? Ist das eine

„Untersuchung“ zu nennen, wenn der Untersuchte seine etwaigen Krankheiten selber angeben muß? Vielleicht würde der Mann, wenn er noch lebte, wegen Verschweigung der Diagnose bei der militärärztlichen Untersuchung Bestrafung zu gewärtigen haben! Jedenfalls ist dieser Beschönigungsversuch des zugefallenen Todesfalles völlig mißglückt. In einer späteren Nummer kommt nun die „Münchener Post“ auf ihre Veröffentlichung zurück, hält ihre Darstellung aufrecht und bringt eine neue Zeitschrift vom Lager Lechfeld, in der abermals über sehr strengen Dienst geklagt wird. Ein „Reisemarsch“ mit felbmarschmäßigem Gepäck und Schanzzeug habe von früh 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bis mittags 12 Uhr ohne jede Pause gedauert. Es seien dabei pro Kompagnie 20 bis 30 Mann mehr oder weniger schwer erkrankt; zwei Mann seien infolge der Ueberanstrengung an Herzlähmung gestorben. Einige Tage vorher habe sich ein Mann zum Arzt gemeldet, dieser habe ihn jedoch für dienstfähig erklärt; der Mann mußte mit ausdrücken und wurde am anderen Morgen tot auf seinem Strohsack gefunden. Der Mann hinterläßt eine Witwe mit sechs Kindern. In der Zuschrift heißt es auch, daß die ärztliche Untersuchung auf den Bezirkskommandos nur ganz oberflächlich gewesen sei. Wenn ein Mann angab, daß ihm dies oder jenes fehle, so habe es geheißen; „Das wird sich bei der genaueren Untersuchung im Lager Lechfeld schon herausstellen.“ Die zweite Untersuchung habe aber gar nicht stattgefunden. (Bei solchem Verfahren würden sich freilich die Todesfälle dienstuntauglich gewordener Landwehrleute ohne weiteres erklären.) Es dürfte nunmehr hohe Zeit sein, daß sich die militärärztlichen Behörden zu diesen schweren Vorwürfen äußern.

**Beieidenswerte Beamtenkarriere.** In der „Königsberger Allgem. Stg.“ vom 22. d. Mts. findet sich folgende Bekanntmachung:

**Bekanntmachung.**  
Bei der unterzeichneten Verwaltung ist die **Stattwachmeisterstelle** per sofort zu besetzen.  
Das pensionsfähige Jahreseinkommen beträgt 460 Mk. und steigt von 2 zu 2 Jahren um je 50 Mk. bis 660 Mk. Die Nebenbezüge betragen 195 Mk., außerdem freie Wohnung. Der Anstellung geht eine sechsmonatliche Dienstleistung voraus. Militärdienstzeit wird bei der Pension in Anrechnung gebracht.  
Der Bewerber muß gesund, kräftig, nüchtern, des Lesens und Schreibens kundig sein.  
Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 5. Oktober ex. einzureichen.  
Geeignete Militäramwärter erhalten den Vorzug.  
Barten, den 18. September 1908.  
Der Magistrat.  
David.

Große Ansprüche scheint man ja im fernen Osten an einen Stadtwachmeister nicht zu stellen. Sonst braucht wohl der Magistrat von Barten nicht ausdrücklich zu wünschen, daß die neue Kraft des Lesens und Schreibens kundig sein muß. Überflüssig aber scheint uns der Vorbehalt der „Nüchternheit“ zu sein. Oder sollte Barten wirklich ein so paradiesischer Ort sein, daß sich dort ein Beamter mit 460 Mk. Jahresgehalt auch noch dem Sauff ergeben kann? Fragt die „Welt am Montag“ neugierig.

**Spiele nicht mit Schießgewehr!** Im Grandhotel „Anglais“ in Stockholm zeigte nachts der Schriftsteller Henning Berger mehreren Freunden einen Revolver. Dabei ging ein Schuß los und traf den Schriftsteller Nordling in das rechte Auge, so daß er tödlich verwundet wurde und bald darauf im Hotel starb.

**Dynamit-Explosion.** In einer südbulgarischen Kohlengrube entstand eine Dynamit-Explosion bei Sprengversuchen. 11 Vergleute wurden getötet, andere schwerer und leichter verletzt.

**Reisehaft.** Der Weinwärtsbesitzer Bonanti aus Bisappo (Italien) hatte einen Wächter entlassen. Dieser schoß aus Rache Bonantis Frau und dessen Schwager nieder und stürzte sich auf B. selbst. Er wurde jedoch verhehrt und lud eine Kinte; als seine Frau ihn daran hindern wollte, erschlug er sie mit einem Beil, stürzte mit dem Gewehr auf die Straße und schoß, als ihn die Menge verfolgte, einen Sirten nieder. Dann entfloh er in die Berge.

**Der gestohlene Vize-Stathalter.** In Ngram wurde am 31. September der kroatische Wizebanus Dr. Niklas von Crnkovich von dem Studenten Johann Jurisa überfallen, geohrt und mit einem Stöße geprügelt. Über die Affäre werden folgende Einzelheiten bekannt: Der absolvierte Jurist Johann Jurisa wurde von der Polizei zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt, weil er vor dem Palais des Banus in angeheitertem Zustande ein Spottlied gesungen hatte. Jurisa schrie die Strenge der Strafe der persönlichen Intervention des Wizebanus Crnkovich zu, mit dem er wiederholt Streitigkeiten hatte. Als Dr. Crnkovich seine Wohnung verließ, lauerte ihm Jurisa in der Marie-Balierstraße auf. Als Jurisa des Wizebanus ansichtig wurde, sprang er auf ihn zu, schlug ihm dreimal kräftig ins Gesicht, entzog ihm den Stoch und schlug damit auf den Wizebanus los. Eine große Menschenmenge hatte sich alsbald angesammelt, welche dem Studenten Beifall klatschte. Jurisa beschimpfte dann Crnkovich mit den Worten: „Du hast Du, Du Schuft, Du Halunke, du hast Du eine Lektion!“ Jurisa teilte hierauf der Polizei selbst telephonisch den Vorfall mit und fügte hinzu, er erwarte seine Verhaftung im Cafe Corso. Als Jurisa in das Kaffeehaus kam, bereitete ihm das Publikum große Ovationen. Einige Damen überreichten ihm Blumen. Als bald darauf ein Polizeibeamter mit mehreren Detektives zur Verhaftung Jurisas erschien, hoben ihn die Kollegen auf die Schultern und trugen ihn zu einem inzwischen herbeigeholten Staker, in welchem Jurisa in das Polizeigeängenhäus gebracht wurde. Als die oppositionellen Blätter den Zwischenfall durch Extrablätter in der Stadt verbreiten wollten, unternahm die Redaktion und Druckereien, um die inzwischen konfiszirten Extrablätter abzuholen. Trotz aller polizeilichen Maßnahmen gelangte doch eine große Zahl derartiger Blätter in die Öffentlichkeit.

**Die Cholera in Rußland.** Vom 25. September bis zum 1. Oktober kamen im ganzen Reich 3251 Choleraerkrankungen und 1571 durch Cholera verursachte Todesfälle vor. In der Vormwoche waren 492 Erkrankungen und 231 Todesfälle zu verzeichnen. Seit Ausbruch der Epidemie sind 8947 Todesfälle bei 19 612 Erkrankungen festgestellt worden. Die Gouvernements Estland und Witelbst und Stadt Warschau sind für Cholera bedroht erklärt worden.